

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich**

**Einbringer:** Landesregierung

**(Drucksache 7/5754)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 10. März 2023

## **1. Drucksache**

## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Landesregierung**

## **Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich**

### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Vorgaben zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung, insbesondere in Form des Zusammenwirkens, sind bislang im Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) nur sehr allgemein ausgestaltet. Eine Darstellung der Aufgaben der Landesbibliothek, die in Thüringen gleichzeitig auch Hochschulbibliothek ist, ist im Thüringer Bibliotheksgesetz bislang nicht enthalten. Die einzig normierte landesbibliothekarische Aufgabe findet sich im Thüringer Pressegesetz (TPG).

Gleichzeitig fehlen datenschutzrechtliche Grundlagen für das Zusammenwirken der Hochschulen, insbesondere auch für den Betrieb von Forschungsinformationssystemen.

Es besteht daher das nachfolgend näher erläuterte Regelungsbedürfnis.

### **1. Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes**

Die Hochschulen sind nach § 5 ThürHG zum Zusammenwirken untereinander und mit weiteren öffentlichen Einrichtungen gehalten. An bestimmten Arten des Zusammenwirkens bestehen jedoch besondere öffentliche Interessen, so beispielsweise bei der Förderung des Bildungswesens, insbesondere von Forschung und Lehre, der Steigerung des wissenschaftlichen Erfolgs, aber auch der effizienten Nutzung staatlich finanzierter personeller und sachlicher Ressourcen. In diesen Fällen soll die Möglichkeit zur Zusammenarbeit zukünftig nachdrücklicher ausgestaltet werden und konkrete Regelungen zu deren Ausgestaltung getroffen werden.

Durch das Steueränderungsgesetz 2015 vom 2. November 2015 (BGBl. I S. 1834) wurden unter anderem die Regelungen zur Unternehmereigenschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts neu gefasst. Mit der Kodifikation durch § 2b des Umsatzsteuergesetzes (UStG) hat die Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts eine tiefgreifende Änderung erfahren. Danach unterliegen diese Personen nun auch mit Tätigkeiten im Rahmen ihres Hoheitsbetriebes der Umsatzsteuer, sofern die Behandlung der juristischen Person des öffentlichen Rechts als Nichtunternehmer zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen würde. Hiervon sind vielfach auch Formen der Zusammenarbeit von Hochschulen und weiteren öffentlichen Einrichtungen betroffen. Bis zu dieser Neu-

regelung galten juristische Personen des öffentlichen Rechts lediglich im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art als umsatzsteuerliche Unternehmer und folglich als umsatzsteuerpflichtig. Die Hochschulen des Landes haben als selbstständige Körperschaften des öffentlichen Rechts von der Möglichkeit der Abgabe einer Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 Satz 3 bis 5 UStG Gebrauch gemacht. Die Neuregelung findet nach § 27 Abs. 22a UStG somit erst auf Umsätze für ab dem 1. Januar 2023 ausgeführte Leistungen Anwendung. Bis zu diesem Zeitpunkt sind Umsätze aus hoheitlichen Tätigkeiten weiterhin nicht umsatzsteuerbar. Ab dem 1. Januar 2023 jedoch unterliegen Tätigkeiten und Leistungen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, die ihr im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen, grundsätzlich der Umsatzbesteuerung, sofern eine Nichtversteuerung zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führt. Nach § 2b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 UStG liegen größere Wettbewerbsverzerrungen insbesondere dann nicht vor, wenn die Leistung an eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts ausgeführt wird und die Leistung aufgrund gesetzlicher Bestimmungen, das heißt aufgrund eines formellen Gesetzes oder einer Rechtsverordnung, nur von juristischen Personen des öffentlichen Rechts erbracht werden darf. Entsprechend dem Anwendungserlass des Bundesministeriums für Finanzen zur Umsatzbesteuerung der Leistungen der öffentlichen Hand; Anwendungsfragen des § 2b UStG vom 16. Dezember 2016 (BStBl. I S. 1451) unter dem Aktenzeichen III C 2-S 1707/16/10001 und dem hieran anknüpfenden Anwendungserlass zu Anwendungsfragen des § 2b UStG vom 9. Juli 2020 (BStBl. I S. 643) unter dem Aktenzeichen III C 2-S 7107/19/10005:014 werden von der Ausnahmebestimmung genau zu bezeichnende Leistungen umfasst, die eine juristische Person des öffentlichen Rechts aufgrund geltender gesetzlicher Bestimmungen ausschließlich bei einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts nachfragen darf. Liegen diese Voraussetzungen vor, würde es über das Jahr 2022 hinaus dabei bleiben, dass erzielte Umsätze aus Tätigkeiten und Leistungen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts nicht umsatzsteuerbar sind. Insofern ist die Schaffung einer rechtlichen Grundlage angezeigt, in denen das für Hochschulwesen zuständige Ministerium die Zusammenarbeit von Hochschulen untereinander oder mit anderen öffentlichen Einrichtungen näher ausgestaltet, um damit die Voraussetzungen des § 2b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 UStG zu erfüllen.

Ausweislich der "Thüringer Strategie zur Digitalisierung im Hochschulbereich. Fortschreibung 2021-2025" sind die Universitäten des Landes aufgefordert, IT-basierte Forschungsinformationssysteme einzuführen, um die Transparenz in der Forschung zu erhöhen, die strategische Planung von Forschung und Forschungsförderung an den Hochschulen sowie die dazugehörige Berichterstattung auf unterschiedlichen Ebenen zu erleichtern und damit langfristig zur Vereinfachung von Arbeitsprozessen für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die Forschungsadministration an den Hochschulen beizutragen. Für den datenschutzrechtlich sicheren Betrieb der Forschungsinformationssysteme an den Hochschulen ist zu Zwecken der Selbststeuerung und Berichterstattung die Verankerung einer entsprechenden Aufgabe im Thüringer Hochschulgesetz erforderlich. Das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft hat sich im Rahmen der "Thüringer Strategie zur Digitalisierung im Hochschulbereich. Fortschreibung 2021-2025" bis Ende des Jahres 2023 verpflichtet, dies zu initiieren. Die bislang im Thüringer Hochschulgesetz fehlende gesetzliche Regelung wird nunmehr geschaffen.

Die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der Durchführung von Kooperationen nach § 5 Abs. 10 ThürHG schließt eine derzeit bestehende Regelungslücke.

## **2. Änderung des Thüringer Bibliotheksgesetzes und des Thüringer Pressegesetzes**

Im Thüringer Bibliotheksgesetz ist bislang keine Aufgabendarstellung der Thüringer Landesbibliothek enthalten. Da die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek als Hochschulbibliothek und gleichzeitig Landesbibliothek nach § 44 ThürHG aber eine Doppelfunktion wahrnimmt, ist eine genaue Abgrenzung der jeweiligen Aufgabenbereiche - nicht zuletzt auch im Hinblick auf die für die jeweilige Funktion zugewiesenen Mittel des Landes - erforderlich. Zudem fehlt auch hier bislang eine konkretere Ausgestaltung zu den Modalitäten möglicher Kooperationen.

Die Ablieferungspflicht für alle in Thüringen erfolgten Publikationen an die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek nach § 12 TPG ist die bislang einzig gesetzlich vorgeschriebene landesbibliothekarische Aufgabe. Bei der Verabschiedung des Thüringer Bibliotheksgesetzes im Jahr 2008 wurde die sogenannte Pflichtexemplarregelung im Thüringer Pressegesetz belassen. Mit der Schaffung einer Regelung zu landesbibliothekarischen Aufgaben im Thüringer Bibliotheksgesetz soll nunmehr auch die sogenannte Pflichtexemplarregelung systematisch in den Kontext gesetzlich bestimmter landesbibliothekarischer Aufgaben aufgenommen werden.

### **B. Lösung**

Erlass eines Mantelgesetzes zur Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes, des Thüringer Bibliotheksgesetzes und des Thüringer Pressegesetzes

### **C. Alternativen**

Keine

### **D. Kosten**

Durch den Gesetzentwurf selbst entstehen dem Land keine Kosten.

Die Schaffung einer Rechtsgrundlage im Thüringer Hochschulgesetz für eine ministerielle Rechtsverordnung, in der Kooperationssachverhalte durch das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium geregelt werden können, führt mittelbar dazu, dass diese Sachverhalte nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Unterfallen diese Sachverhalte nicht der Umsatzsteuer, kommt es nicht zu Mindereinnahmen des Landes. Lediglich die umsatzsteuerbedingten Mehreinnahmen des Landes durch die Anwendung des § 2b UStG verringern sich leicht. Die den Hochschulen zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel hingegen werden vor zusätzlichen Belastungen bewahrt.

### **E. Zuständigkeit**

Federführend ist das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft.

**FREISTAAT THÜRINGEN  
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die  
Präsidentin des Thüringer Landtags  
Frau Birgit Keller  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erfurt, den 28. Juni 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen  
Entwurf des

"Thüringer Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung  
im Hochschul- und Bibliotheksbereich"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen  
am 13./14./15. Juli 2022.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung  
im Hochschul- und Bibliotheksbereich**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1  
Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes**

Das Thüringer Hochschulgesetz vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. März 2021 (GVBl. S. 115), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 5 Abs. 10 werden folgende Sätze angefügt:

"Zur Förderung des Bildungswesens, insbesondere von Forschung und Lehre, zur Steigerung des wissenschaftlichen Erfolgs, aber auch zur effizienten Nutzung staatlich finanzierter personeller und sachlicher Ressourcen arbeiten sie insbesondere durch gemeinsame Einrichtungen nach § 42, gemeinsame Lehr- und Forschungsprojekte, die Eröffnung von Möglichkeiten zur Mitnutzung von Einrichtungen und Geräten, die Einrichtung gemeinsamer Studiengänge oder anderer Studienformate und Verwaltungskooperationen zusammen. Das Zusammenwirken kann unentgeltlich erfolgen. Das Ministerium wird ermächtigt, das Nähere, insbesondere zu den Gegenständen und Modalitäten der Zusammenarbeit nach den Sätzen 1 und 2, durch Rechtsverordnung zu regeln."

2. § 11 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In der Einleitung werden die Worte "ihrer Mitglieder und Angehörigen, ihrer Studienbewerber und Prüfungskandidaten" gestrichen.

bb) In Nummer 2 werden die Worte "die Evaluation von Forschung und Lehre und Kunst" durch die Worte "Evaluations- und Qualitätssicherungsmaßnahmen" ersetzt.

cc) Nach Nummer 2 wird folgende neue Nummer 3 eingefügt:

"3. die Pflege der Verbindung mit ehemaligen Mitgliedern und Angehörigen nach § 5 Abs. 5,"

dd) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4 und die Worte "den damit" werden durch die Worte "die damit" ersetzt.

ee) Die bisherigen Nummern 4 bis 6 werden die Nummern 5 bis 7.

ff) Die bisherige Nummer 7 wird Nummer 8 und das Wort "sowie" wird durch ein Komma ersetzt.

gg) Nach der neuen Nummer 8 werden folgende neue Nummern 9 und 10 eingefügt:

- "9. den Betrieb von Forschungsinformationssystemen nach § 65 Abs. 3,
- 10. die Zusammenarbeit nach § 5 Abs. 10 sowie"

hh) Die bisherige Nummer 8 wird Nummer 11.

b) In Absatz 3 Satz 2 wird die Verweisung "Absatz 1 Nr. 1, 2 und 7" durch die Verweisung "Absatz 1 Nr. 1, 2 und 8" ersetzt.

c) Absatz 4 wird aufgehoben.

d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und erhält folgende Fassung:

"(4) Das Nähere zur Verarbeitung der Daten nach den Absätzen 1 und 2, insbesondere zur Art der zu verarbeitenden Daten und zum Kreis der betroffenen Personen, bestimmt das Ministerium durch Rechtsverordnung; in dieser kann auch vorgesehen werden, dass die Hochschulen ergänzende Festlegungen durch Satzung treffen können."

e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5 und nach dem Wort "Bezahlung" wird ein Komma eingefügt.

3. § 42 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird das Wort "Leitung" durch das Wort "Präsidenten" ersetzt.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

"Das Ministerium wird ermächtigt, das Nähere, insbesondere zu den Gegenständen und Modalitäten der Zusammenarbeit nach Satz 1, durch Rechtsverordnung nach § 5 Abs. 10 Satz 4 zu regeln."

b) Absatz 5 wird aufgehoben.

4. Dem § 65 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Die Hochschulen können auch im Zusammenwirken mit weiteren Hochschulen und Einrichtungen nach § 5 Abs. 10 Satz 1 Forschungsinformationssysteme aufbauen und betreiben."

5. In § 83 Abs. 5 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Verweisung "§ 5 Abs. 10" durch die Verweisung "§ 5 Abs. 10 Satz 1" ersetzt.

**Artikel 2**  
**Änderung des Thüringer Bibliotheksgesetzes**

Das Thüringer Bibliotheksgesetz vom 16. Juli 2008, geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird aufgehoben.
  - b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 1 und in Satz 1 werden die Worte "und der Berufsakademie" gestrichen.
  - c) Die bisherigen Absätze 3 bis 6 werden die Absätze 2 bis 5.
2. Nach § 2 werden die folgenden neuen §§ 3 und 4 eingefügt:

**"§ 3**  
**Landesbibliothek**

(1) Landesbibliothek ist die Hochschulbibliothek der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie trägt den Namen 'Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena'.

(2) Die Landesbibliothek hat die Aufgabe,

1. die in und über Thüringen veröffentlichte Literatur im Original zu sammeln, zu inventarisieren, zu erschließen, bibliografisch zu verzeichnen, auf Dauer zu sichern und für die Allgemeinheit nutzbar zu machen,
2. die Thüringen-Bibliographie fortzuschreiben,
3. die Pflichtexemplare nach § 4 aufzunehmen,
4. das für das Land unverzichtbare Bibliotheksgut aus staatlichem Besitz zu bewahren und zugänglich zu machen sowie
5. ein Kompetenz- und Servicezentrum für die Bestandserhaltung von Bibliotheksgut zu betreiben.

(3) Die Landesbibliothek unterstützt sammlungsführende Einrichtungen in Thüringen bei der Digitalisierung von Kulturgut sowie der Erschließung, Archivierung und Präsentation digitalisierter Bestände. Sie betreibt ein zentrales Portal als Zugang zu digitalisierten Beständen. Sie unterstützt wissenschaftsrelevante Einrichtungen und Behördenbibliotheken insbesondere in Angelegenheiten der Bibliothekssysteme.

(4) Die Friedrich-Schiller-Universität Jena kann im Rahmen der Wahrnehmung landesbibliothekarischer Aufgaben nach den Absätzen 2 und 3 mit dritten Stellen zusammenarbeiten. Das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium wird ermächtigt, das Nähere, insbesondere zu den Gegenständen und Modalitäten der Zusammenarbeit nach Satz 1, durch Rechtsverordnung zu regeln.

§ 4  
Pflichtexemplar

(1) Von jedem Druckwerk im Sinne des § 6 des Thüringer Pressegesetzes vom 31. Juli 1991 (GVBl. S. 271) in der jeweils geltenden Fassung, das im Geltungsbereich des Thüringer Pressegesetzes verlegt wird, hat der Verleger mit Beginn der Verbreitung des Druckwerks ein Stück (Pflichtexemplar) unentgeltlich und auf eigene Kosten an die Landesbibliothek abzugeben. Auf Verlangen erstattet die Bibliothek dem Verleger die Herstellungskosten des abgegebenen Pflichtexemplars, wenn ihm die unentgeltliche Abgabe wegen des großen finanziellen Aufwands und der kleinen Auflage nicht zugemutet werden kann. Der zu begründende Erstattungsantrag ist, ungeachtet der Erfüllung der Abgabepflicht, innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach Beginn der Verbreitung des Druckwerks bei der Landesbibliothek einzureichen.

(2) Das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium kann für bestimmte Arten von Druckwerken Ausnahmen von Absatz 1 Satz 1 zulassen.

(3) Für digitale Publikationen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend. Digitale Publikationen sind Darstellungen in Schrift, Bild und Ton, die auf Datenträgern oder in unkörperlicher Form in öffentlichen Netzen verbreitet werden. Zur Ablieferung verpflichtet ist, wer den Datenträger wie ein Verleger verbreitet oder berechtigt ist, die unkörperliche digitale Publikation öffentlich zugänglich zu machen und den Sitz, eine Betriebsstätte oder den Hauptwohnsitz in Thüringen hat. Das für Hochschulwesen zuständige Ministerium bestimmt das Nähere zur Ablieferung nach Satz 3 durch Rechtsverordnung. Die Landesbibliothek legt in Abstimmung mit der Deutschen Nationalbibliothek die bei der Ablieferung zu beachtenden technischen Standards fest."

3. Die bisherigen §§ 3 und 4 werden die §§ 5 und 6.
4. Der bisherige § 5 wird § 7 und in Absatz 2 Satz 1 wird die Verweisung "§ 2 Abs. 1 bis 4" durch die Verweisung "§ 2 Abs. 1 bis 3" ersetzt.
5. Folgender § 8 wird angefügt:

"§ 8  
Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils für alle Geschlechter."

**Artikel 3  
Änderung des Thüringer Pressegesetzes**

§ 12 des Thüringer Pressegesetzes vom 31. Juli 1991 (GVBl. S. 271), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229) geändert worden ist, wird aufgehoben.

**Artikel 4  
Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Begründung:****A. Allgemeines**

Durch die Einführung des § 2b des Umsatzsteuergesetzes (UStG) und dessen Anwendung ab 1. Januar 2023 wird eine Vielzahl von Sachverhalten des Wissenschaftsbereichs der Umsatzsteuerpflicht unterfallen. Insbesondere sind hier Kooperationen zwischen den Hochschulen betroffen.

Eine Kompensation der hieraus erwachsenden Mehrbelastungen für die Hochschulen in Thüringen durch das Land wurde in der Rahmenvereinbarung V, Ziffer 5.7, explizit ausgeschlossen. Die Umsatzbesteuerung von Leistungen der Hochschulen in Kooperationsverbünden wirkt sich deshalb direkt negativ auf die Mittelverfügbarkeit für Forschung und Lehre der Hochschulen aus.

§ 2b UStG enthält in seinem Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 jedoch einen Tatbestand, wonach Leistungsbeziehungen zwischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts dann nicht zu größeren Wettbewerbsverzerrungen und damit im Ergebnis zu einer Umsatzsteuerpflicht führen sollen, wenn "die Leistungen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen nur von juristischen Personen des öffentlichen Rechts erbracht werden dürfen". Als "gesetzliche Bestimmung" in diesem Sinne gelten formelle Gesetze und Rechtsverordnungen. Zur Regelung derartiger Sachverhalte im Sinne der Hochschulen des Landes und gegebenenfalls für weitere Einrichtungen des Wissenschaftsbereichs soll das für das Hochschulwesen zuständige Ministerium eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen können. Hierfür ist jedoch zunächst die Einfügung einer Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer solchen Rechtsverordnung in das Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) erforderlich. Durch Schaffung einer solchen gesetzlichen Bestimmung kann mithin von Seiten des Landes aktiv zu einer Minderung umsatzsteuerlicher Risiken im Hochschul- und Wissenschaftsbereich beigetragen werden.

Für den datenschutzrechtlich sicheren Betrieb von Forschungsinformationssystemen an den Hochschulen zu Zwecken der Selbststeuerung und Berichterstattung müssen die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen im Thüringer Hochschulgesetz verankert werden. Das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft hat sich im Rahmen der "Thüringer Strategie zur Digitalisierung im Hochschulbereich. Fortschreibung 2021-2025" bis Ende des Jahres 2023 verpflichtet, dies zu initiieren. Die bislang im Thüringer Hochschulgesetz fehlende gesetzliche Regelung soll durch das vorliegende Gesetz geschaffen werden.

Darüber hinaus soll die bislang bestehende datenschutzrechtliche Regelungslücke bei der Durchführung von hochschulübergreifenden Kooperationen oder Kooperationen mit Dritten für die Verarbeitung personenbezogener Daten für hochschulexterne Personen geschlossen werden.

Die Tatsache, dass das Thüringer Bibliotheksgesetz (ThürBibG) keine Definition der Aufgaben der Landesbibliothek enthält und zudem § 2 Abs. 1 ThürBibG der Landesbibliothek die Aufgabe zuweist, als "Zentrum für Angelegenheiten des wissenschaftlichen Bibliothekswesens [...] in Absprache mit den betroffenen Einrichtungen planerische und koordinierende Aufgaben" wahrzunehmen, erschwert die Abgrenzung der Tätigkeiten der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena in ihrer Funktion als Landesbibliothek einerseits und als Hochschulbibliothek der Friedrich-Schiller-Universität Jena andererseits und stellt damit eine nicht mehr zeitgemäße Arbeitsgrundlage dar.

Eine Neufassung der Regelungen des Thüringer Bibliotheksgesetzes hinsichtlich der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena als Landesbibliothek und ihrer entsprechenden Aufgaben soll künftig eine klare Trennung zwischen den Aufgaben der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena als Landesbibliothek und als Hochschulbibliothek der Friedrich Schiller-Universität Jena sowie im Kontext rein hochschulischer Kooperationen ermöglichen. Darüber hinaus ist aus gesetzessystematischen Gründen eine Zentrierung aller Aufgabenzuweisungen an die Landesbibliothek im Thüringer Bibliotheksgesetz vorgesehen, so dass die sogenannte Pflichtexemplarregelung aus dem Thüringer Pressegesetz ebenfalls in das Thüringer Bibliotheksgesetz verschoben werden soll.

## **B. Zu den einzelnen Bestimmungen**

### **Zu Artikel 1 - Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes**

Zu Nummer 1 - Änderung des § 5 Abs. 10

Der an Absatz 10 neu angefügte Satz 2 gestaltet die Regelung zum Zusammenwirken nach Satz 1 näher aus, indem er - jeweils beispielhaft und nicht abschließend - Motive, die Hochschulen zu einer Zusammenarbeit veranlassen sollen, und mögliche Formen der praktischen Ausgestaltung des Zusammenwirkens benennt. Durch diese Ergänzung sind die Hochschulen aufgefordert, die gegenseitige Abstimmung sowie die Nutzung von Lehrangeboten, Personal, Sachmitteln und der vorhandenen Infrastruktur für Forschung und Lehre zu verbessern und sich von diesen Motiven bei der Ausgestaltung von Kooperationen leiten zu lassen. Die in Satz 2 genannten Motive stellen Beispiele für gemeinsame spezifische öffentliche Interessen nach § 2b UStG dar; die Vorgaben des Umsatzsteuergesetzes bleiben hiervon unberührt. Des Weiteren werden in Satz 2 ebenfalls beispielhaft Möglichkeiten, wie eine Zusammenarbeit praktisch ausgestaltet werden kann, benannt.

Durch Satz 3 wird den Hochschulen die Möglichkeit eingeräumt, bei Kooperationen im Einzelfall von einer Erstattung entstandener Kosten abzusehen. Dies ist regelmäßig anzunehmen, wenn die aus der Kooperation resultierende Belastung einer Hochschule gering ist und der administrative Aufwand, insbesondere im Lichte umsatzsteuerrechtlicher Prüfung und Konsequenzen, den Vorteil einer Kostenerstattung übersteigt. Beihilferechtliche Vorgaben bleiben unberührt.

Durch das Steueränderungsgesetz 2015 vom 2. November 2015 (BGBl. I S. 1834) wurden unter anderem die Regelungen zur Unternehmereigenschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts neu gefasst. Mit der Kodifikation durch § 2b UStG hat die Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts eine tiefgreifende Änderung erfahren. Hiervon sind vielmals auch die vorher genannten Formen der Zusammenarbeit von Hochschulen und den übrigen in Satz 1 genannten Einrichtungen betroffen. Bis zu dieser Neuregelung galten juristische Personen des öffentlichen Rechts lediglich im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art als umsatzsteuerliche Unternehmer und folglich als umsatzsteuerpflichtig. Die Hochschulen des Landes haben als selbstständige Körperschaften des öffentlichen Rechts von der Möglichkeit der Abgabe einer Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 Satz 3 bis 5 UStG Gebrauch gemacht. Die Neuregelung findet nach § 27 Abs. 22a UStG somit erst auf Umsätze für ab dem 1. Januar 2023 ausgeführte Leistungen Anwendung. Bis zu diesem Zeitpunkt sind Umsätze aus hoheitlichen Tätigkeiten weiterhin nicht umsatzsteuerbar. Ab dem 1. Januar 2023 jedoch unterliegen Tätigkeiten und Leistungen einer juristischen

Person des öffentlichen Rechts, die ihr im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen, grundsätzlich der Umsatzbesteuerung, sofern eine Nichtversteuerung zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führt. Nach § 2b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 UStG liegen größere Wettbewerbsverzerrungen insbesondere dann nicht vor, wenn die Leistung an eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts ausgeführt wird und die Leistung aufgrund gesetzlicher Bestimmungen, das heißt aufgrund eines formellen Gesetzes oder einer Rechtsverordnung, nur von juristischen Personen des öffentlichen Rechts erbracht werden darf. Entsprechend dem Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen zur Umsatzbesteuerung der Leistungen der öffentlichen Hand; Anwendungsfragen des § 2b UStG vom 16. Dezember 2016 (BStBl. I S. 1451) unter dem Aktenzeichen III C 2-S 1707/16/10001 und dem hieran anknüpfenden Anwendungserlass zu Anwendungsfragen des § 2b UStG vom 9. Juli 2020 (BStBl. I S. 643) unter dem Aktenzeichen III C 2-S 7107/19/10005:014 werden von der Ausnahmegesetzgebung genau zu bezeichnende Leistungen umfasst, die eine juristische Person des öffentlichen Rechts aufgrund geltender gesetzlicher Bestimmungen ausschließlich bei einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts nachfragen darf. Liegen diese Voraussetzungen vor, würde es über das Jahr 2022 hinaus dabei bleiben, dass erzielte Umsätze aus Tätigkeiten und Leistungen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts nicht umsatzsteuerbar sind.

Vor diesem Hintergrund enthält der neu angefügte Satz 4 eine Ermächtigung für den Erlass einer ministeriellen Rechtsverordnung, in der Kooperationen im Hochschulbereich den Tatbestandsvoraussetzungen des § 2b Abs. 3 UStG entsprechend ausgestaltet werden können. Durch die gewählte Formulierung wird dem Ministerium ein Ermessen über den Erlass einer solchen Rechtsverordnung als auch zu den darin enthaltenen Regelungsgegenständen eingeräumt.

#### Zu Nummer 2 - Änderung des § 11

Im Zusammenhang mit der geplanten Einfügung einer datenschutzrechtlichen Grundlage für die Datenverarbeitung hinsichtlich des Betriebs von Forschungsinformationssystemen und der Durchführung von Kooperationen nach § 5 Abs. 10 ThürHG wurde § 11 ThürHG geprüft und teilweise neu formuliert. Ziel dabei war die Schaffung einer systematisch klaren und dennoch schlanken, praktisch gut handhabbaren Bestimmung, die nicht hinter dem Datenschutzniveau und Regelungsinhalt des bisher geltenden Gesetzestextes zurückbleibt und die hinzuzufügenden Punkte in § 11 Abs. 1 konzentriert.

#### Zu Buchstabe a

In der geplanten Änderungsfassung des § 11 Abs. 1 ThürHG wird auf die Nennung eines bestimmten Personenkreises verzichtet. Durch die Einfügung der neuen Nummern 9 und 10 ist die Nennung eines bestimmten Personenkreises nicht mehr möglich, da diese einen nicht vorhersehbaren Personenkreis betreffen. Die Nennung des Personenkreises ist zudem datenschutzrechtlich nicht erforderlich. Eine ausreichende Beschränkung der Datenverarbeitungsermächtigung wird durch die jeweilige enumerativ aufgeführte Zweckangabe - wie in Artikel 5 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2; L 74 vom 4.3.2021, S. 35) gefordert - erreicht. Eine

Angabe zum jeweils betroffenen Personenkreis wird in der auf Grundlage des § 11 Abs. 4 zu erlassenden Rechtsverordnung erfolgen.

Bei der Änderung der Nummer 2 handelt es sich um eine sprachliche Anpassung; eine inhaltliche Änderung ist hiermit nicht verbunden.

Die Streichung des Personenkreises in der Einleitung des Absatzes 1 macht die Eingliederung des ehemals in § 11 Abs. 4 in der bisher geltenden Fassung geregelten Tatbestandes der Datenverarbeitung zur Pflege der Verbindung mit ehemaligen Mitgliedern und Angehörigen möglich, welcher nunmehr aus systematischen Gründen als neue Nummer 3 in den Katalog der Verarbeitungszwecke des Absatzes 1 aufgenommen wird. Gegenüber dem Wortlaut des § 11 Abs. 4 in der bisher geltenden Fassung wird aus systematischen Gründen die Festlegung gestrichen, dass die ehemaligen Mitglieder und Angehörigen der Hochschule auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und ihre Widerspruchsmöglichkeit hinzuweisen sind. Derartige Bestimmungen sollen künftig in die auf Grundlage des neu gefassten § 11 Abs. 4 zu erlassende Rechtsverordnung aufgenommen werden, um der Zweistufigkeit der Regelung der Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Hochschulbereich Rechnung zu tragen. Eine Absenkung des Datenschutzniveaus ist damit nicht verbunden.

Die mit den Doppelbuchstaben dd bis ff und hh geregelten Änderungen in den Nummern 4 bis 8 und 11 sind redaktioneller Natur.

Für den datenschutzrechtlich sicheren Betrieb von Forschungsinformationssystemen an den Hochschulen empfiehlt der Wissenschaftsrat den Ländern in seiner "Stellungnahme zur Einführung des Kerndatensatz Forschung" (Wissenschaftsrat-Drucksache 8652-20, 23.10.2020, S. 57, Z. 34 ff.) Forschungsinformationssysteme zu Zwecken der Selbststeuerung und Berichterstattung in den Landeshochschulgesetzen zu verankern. Entsprechend der Verpflichtung des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft im Rahmen der "Thüringer Strategie zur Digitalisierung Im Hochschulbereich. Fortschreibung 2021-2025", bis Ende des Jahres 2023 die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Verankerung von Forschungsinformationssystemen an den Hochschulen des Landes zu schaffen, soll durch die Einfügung der neuen Nummer 9 die bislang im Thüringer Hochschulgesetz fehlende entsprechende datenschutzrechtliche Regelung geschaffen werden. Hierin ist die datenschutzrechtliche Ermächtigung der Hochschulen zur Datenverarbeitung im Rahmen des Betriebs von Forschungsinformationssystemen geregelt.

Die Durchführung von Kooperationen nach § 5 Abs. 10 ist regelmäßig für die beteiligten Hochschulen mit der Datenverarbeitung hochschulfremder Personen verbunden und war bislang nicht von § 11 Abs. 1 in der bisher geltenden Fassung umfasst. Durch die Einfügung der neuen Nummer 10 soll auch für diese Formen des Zusammenwirkens Rechtssicherheit bei der Datenverarbeitung hergestellt werden.

Zu Buchstabe b

Die Änderung des in § 11 Abs. 3 enthaltenen Verweises aufgrund der Änderungen durch Buchstabe a ist redaktioneller Natur.

Zu Buchstabe c

Der Regelungsgehalt des § 11 Abs. 4 in der bisher geltenden Fassung wird in § 11 Abs. 1 verschoben und als § 11 Abs. 1 Nr. 3 neu gefasst. Auf die dortigen Ausführungen wird verwiesen.

Zu Buchstabe d

§ 11 Abs. 5 in der bisherigen Fassung wird § 11 Abs. 4. Durch die Ersetzung der im vormaligen Absatz 5 enthaltenen Formulierung "zu den zu erfassenden Tatbeständen" durch die Formulierung "zur Art der zu verarbeitenden Daten" erfolgt eine Anpassung an die Diktion der Verordnung (EU) 2016/679.

Um den individuellen Umständen der Hochschulen Rechnung tragen zu können, beispielsweise bei der Datenverarbeitung im Zusammenhang mit Forschungsinformationssystemen, wenn verschiedene Systeme zum Einsatz kommen, oder im Zusammenhang mit der Durchführung von Onlineprüfungen, wird in Absatz 4 als Halbsatz 2 eine Kann-Regelung in das Thüringer Hochschulgesetz eingefügt. Danach kann in der Rechtsverordnung im Bedarfsfall für dort näher zu bestimmende Tatbestände vorgesehen werden, dass die Hochschulen weitergehende Regelungen in Satzungen treffen dürfen.

Zu Buchstabe e

Die Änderung in dem neu nummerierten Absatz 5 ist redaktioneller Natur.

Zu Nummer 3 - Änderung des § 42

Zu Buchstabe a

Die Ersetzung des Wortes "Leitung" durch das Wort "Präsidenten" in Absatz 4 Satz 1 dient einer formalen Präzisierung der Zuständigkeit, da nach § 29 Abs. 1 Satz 1 ThürHG das Präsidium die Hochschule leitet.

Der neu einzufügende Satz 3 knüpft inhaltlich an den neu eingefügten § 5 Abs. 10 Satz 4 ThürHG an. Mit § 42 wird eine Ausgestaltung der Zusammenarbeit von Hochschulen konkretisiert, die im Grundsatz bereits durch § 5 Abs. 10 Satz 1 und 2 ThürHG vorgesehen ist. Auch hier bedarf es zum Zweck der Schaffung von Rechtssicherheit und Vermeidung umsatzsteuerrechtlicher Risiken einer Vorgabe zu Inhalten und Umständen der Kooperationen. Im Übrigen wird auf die Begründung zu Nummer 1 § 5 Abs. 10 Satz 4 ThürHG verwiesen.

Zu Buchstabe b

Durch die Rechtsverordnung nach § 5 Abs. 10 Satz 4 ThürHG können Details zur inhaltlichen und formellen Ausgestaltung der Kooperationen von Hochschulen mit juristischen Personen des öffentlichen Rechts konkret bestimmt werden. Die allgemein gehaltene Vorgabe des bisherigen § 42 Abs. 5 ThürHG ist mithin obsolet und deshalb aufzuheben.

Zu Nummer 4 - Änderung des § 65

Ausweislich der "Thüringer Strategie zur Digitalisierung im Hochschulbereich. Fortschreibung 2021-2025" sind die Hochschulen aufgefordert, IT-basierte Forschungsinformationssysteme einzuführen, um die Transparenz in der Forschung zu erhöhen, die strategische Planung

von Forschung und Forschungsförderung an den Hochschulen sowie die dazugehörige Berichterstattung auf unterschiedlichen Ebenen zu erleichtern und damit langfristig zur Vereinfachung von Arbeitsprozessen für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und für die Forschungsadministration an den Hochschulen beizutragen. Der neu an § 65 ThürHG angefügte Absatz 3 enthält davon ausgehend die Klarstellung, dass Hochschulen allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen Forschungsinformationssysteme einführen und unterhalten können. Da Forschungsinformationssysteme personenbezogene Daten der Forschenden und der an Forschungsprojekten beteiligten Personen verarbeiten, bedarf es der gesetzlichen Normierung dieses Auftrags aus gesetzestechnischen Gründen, nämlich um einen entsprechenden Anknüpfungspunkt für die datenschutzrechtliche Ermächtigung in § 11 Abs. 1 Nr. 9 ThürHG zu haben.

Zu Nummer 5 - Änderung des § 83

Aufgrund der Änderung des § 5 Abs. 10 erfolgt eine redaktionelle Anpassung der Verweisung in § 83 Abs. 5 Satz 1 Halbsatz 1.

### **Zu Artikel 2 - Änderung des Thüringer Bibliotheksgesetzes**

Zu Nummer 1 - Änderung des § 2

Der bisherige § 2 Abs. 1 Satz 1 und 2 wird wortgleich in den neuen § 3 Abs. 1 verschoben. Der bisherige § 2 Abs. 1 Satz 3 fällt weg, da die Aufgaben nunmehr in § 3 Abs. 2 und 3 näher definiert werden.

Durch die damit verbundene Aufhebung des § 2 Abs. 1 ergibt sich eine neue Nummerierung der bisherigen Absätze 2 bis 6 als redaktionelle Änderung.

Die Worte "und der Berufsakademie" in dem neu nummerierten Absatz 1 Satz 1 sind zu streichen, da die frühere Berufsakademie im Jahr 2016 in die Duale Hochschule Gera-Eisenach und damit in eine Hochschule nach § 1 Abs. 2 ThürHG umgewandelt wurde.

Zu Nummer 2 - Einfügung der neuen §§ 3 und 4

Eine Neufassung des Bibliotheksgesetzes hinsichtlich der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena als Landesbibliothek und ihrer entsprechenden Aufgaben soll künftig eine klare Trennung zwischen den Aufgaben der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena als Landesbibliothek und als Universitätsbibliothek für die Friedrich-Schiller-Universität Jena - nicht zuletzt auch im Hinblick auf die für die jeweilige Funktion zugewiesenen Mittel des Landes - sowie im Kontext rein hochschulischer Kooperationen ermöglichen. Der Landesgesetzgeber definiert nunmehr seine Erwartungen an die Leitung der Landesbibliothek. Darüber hinaus ist aus gesetzessystematischen Gründen eine Zentrierung aller Aufgabenzuweisungen an die Landesbibliothek im Thüringer Bibliotheksgesetz vorgesehen, so dass die sogenannte Pflichtexemplarregelung aus dem Thüringer Pressegesetz ebenfalls in das Thüringer Bibliotheksgesetz verschoben wird.

Zu § 3

Der neue § 3 Abs. 1 entspricht wortgleich den Sätzen 1 und 2 des vormaligen § 2 Abs. 1.

In Absatz 2 werden - in Anlehnung an die bislang nur in der Ziel- und Leistungsvereinbarung der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek aufgeführten Tätigkeitsbereiche und orientiert am Sammlungsauftrag der Deutschen Nationalbibliothek - konkrete Aufgaben der Landesbibliothek genannt.

Hinsichtlich der Aufgabe, unverzichtbares Bibliotheksgut zu bewahren und zugänglich zu machen, kommt der Landesbibliothek eine "Last-Resort"-Funktion zu, die im Rahmen der Richtlinie über die Archivierung und Aussonderung von Bibliotheksgut durch die Hochschulbibliotheken des Freistaats Thüringen vom 21. September 2020 (StAnz. Nr. 41 S. 1260) näher ausgestaltet ist.

In Absatz 3 werden die landesbibliothekarischen Aufgaben im Zusammenhang mit der Digitalisierung normiert. Soweit in Satz 3 die Unterstützung wissenschaftsrelevanter Einrichtungen geregelt ist, umfasst dieser Begriff auch Bibliotheken in Gedenkstätten und Museen sowie historische Bibliotheken.

Zur bestmöglichen Nutzung staatlich finanzierter Ressourcen wird der Landesbibliothek mit Absatz 4 die Möglichkeit zu Kooperationen mit Dritten eingeräumt. Hinsichtlich des umsatzsteuerrechtlichen Hintergrunds der Regelung wird auf die Begründung zu § 5 Abs. 10 Satz 4 ThürHG Bezug genommen. Vor diesem Hintergrund regeln die neuen Sätze 2 und 3 eine Ermächtigung für den Erlass einer ministeriellen Rechtsverordnung für das für Hochschulwesen zuständige Ministerium, in der Kooperationen mit Beteiligung der Landesbibliothek, welche gleichzeitig auch Hochschulbibliothek im Sinne des § 44 ThürHG ist, den Tatbestandsvoraussetzungen des § 2b Abs. 3 UStG entsprechend ausgestaltet werden können. Durch die analog zu § 5 Abs. 10 Satz 4 ThürHG gewählte Formulierung wird dem Ministerium ein Ermessen über den Erlass einer solchen Rechtsverordnung als auch zu den darin enthaltenen Regelungsgegenständen eingeräumt.

Zu § 4

Die Ablieferungspflicht für alle in Thüringen erfolgten Publikationen an die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena nach § 12 des Thüringer Pressegesetzes in der bisher geltenden Fassung ist als Sammelauftrag für die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena die bislang einzig gesetzlich vorgeschriebene landesbibliothekarische Aufgabe. Bei der Verabschiedung des Thüringer Bibliotheksgesetzes im Jahre 2008 wurde die sogenannte Pflichtexemplarregelung im Thüringer Pressegesetz belassen. Aus gesetzessystematischen Gründen erfolgt im Rahmen dieser Änderung des Thüringer Bibliotheksgesetzes eine fast wortgleiche Verschiebung der sogenannten Pflichtexemplarregelung aus dem Thüringer Pressegesetz in das Thüringer Bibliotheksgesetz als neuer § 4, da diese Aufgabenzuweisung systematisch in den Kontext gesetzlich bestimmter landesbibliothekarischer Aufgaben gehört.

Zu den Nummern 3 und 4 - Änderungen der §§ 3 bis 5 in der bisher geltenden Fassung

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen.

Zu Nummer 5 - Anfügung eines § 8

Die Anfügung einer Gleichstellungsbestimmung erfolgt zur Klarstellung, dass die im Thüringer Bibliotheksgesetz verwendeten Personenbezeichnungen für Personen unabhängig von ihrem Geschlecht gelten.

**Zu Artikel 3 - Änderung des Thüringer Pressegesetzes**

Die Aufhebung des bisher geltenden § 12 TPG erfolgt wegen der fast wortgleichen Verschiebung der Norm als neuer § 4 ThürBibG.

**Zu Artikel 4 - Inkrafttreten**

In Artikel 4 ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Mantelgesetzes geregelt.

## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

Bauhaus-Universität Weimar

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Hauptschwerbehindertenvertretung beim TMWWDG

Hochschule Schmalkalden

Landesärztekammer Thüringen

Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Universitätsklinikum Jena

Universität Erfurt

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschulbereich											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Bauhaus-Universität Weimar</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Belvederer Allee 6</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99425 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bauhaus-Universität Weimar	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Belvederer Allee 6	Postleitzahl, Ort	99425 Weimar
	Name	Organisationsform									
	Bauhaus-Universität Weimar	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Belvederer Allee 6									
Postleitzahl, Ort	99425 Weimar										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kanzler gemäß § 32 ThürHG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)  § 5 Abs. 10 ThürHG: exemplarische Aufzählung von Kooperationssachverhalten wird begrüßt; ebenso Ergänzung "gemeinsame Lehr- und Forschungsprojekte"  § 11 ThürHG: Rechtsgrundlage für FIS und Kooperation für Verarbeitung personenbezogener Daten wurde geschaffen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Anhörung gemäß § 21 ThürGGO	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 22.06.2022	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Friedrich-Schiller-Universität Jena	Hochschule Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fürstengraben 1
	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	§ 5 ThürHG: Aufgaben der Hochschulen	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	Möglichkeit zur Stellungnahme	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 20. April 2022	

## TMWWDG

---

**Von:** § @uni-jena.de>  
**Gesendet:** Mittwoch, 20. April 2022 12:11  
**An:** TMWWDG F  
**Cc:** t  
**Betreff:** AW: 20.04.2022; Entwurf Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich; hier: Anhörung gem. § 21 ThürGGO 4 Beteiligendokumentation TLT\_Formblatt\_zur\_Datenerhebung\_FSU Jena 20042022.pdf  
**Anlagen:**  
**Signiert von:** @uni-jena.de  
**Kennzeichnung:** Zur Nachverfolgung  
**Kennzeichnungsstatus:** Gekennzeichnet

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Frau ,

ich bedanke mich für die Möglichkeit, zu dem Entwurf des Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich Stellung zu nehmen und möchte mich nach einer Beteiligung der intern zuständigen Einrichtungen für die Friedrich-Schiller-Universität Jena wie folgt äußern:  
Vorab möchte ich festhalten, dass der Gesetzesentwurf im Wesentlichen dem Wortlaut der mit der am 19. November 2021 übersandten synoptischen Darstellung angepassten Regelungen entspricht und lediglich in einzelnen Formulierungen geringfügig abweicht. Insofern darf ich auf die bereits erfolgte Stellungnahme der Universität vom 3. Dezember 2021 (per E-Mail vom stellv. Kanzler übersandt) hinweisen und folgendes hervorheben:

### 1. Umsatzsteuerlich relevante Regelungen

a) Der Gesetzesentwurf enthält im Wesentlichen eine Verordnungsermächtigung für das TMWWDG in § 5 Abs. 10 S. 4 ThürHG, auf die in § 42 Abs. 4 S. 3 ThürHG sowie in § 3 Abs. 4 S. 2 ThürBibIG verwiesen wird. Dieser Rechtsverordnung – die gegenwärtig noch nicht vorliegt – dürfte umsatzsteuerrechtlich die größte Relevanz beizumessen sein, weshalb darauf auch der Fokus liegen wird.

Die Rechtsverordnung soll Leistungen konkret benennen, für die für leistungserbringende juristische Personen des öffentlichen Rechts ein Anbieterzwang und für leistungsempfangende juristische Personen des öffentlichen Rechts ein Annahmewang kodifiziert werden soll. Dabei muss die ausführende juristische Person des öffentlichen Rechts im Rahmen öffentlicher Gewalt handeln, so dass zwischen den beiden ein öffentlich-rechtliches Vertragsverhältnis vorliegt (§ 2b Abs. 1 UStG). Dies ermöglichte dann gem. § 2b Abs. 3 Nr. 1 UStG in Verbindung mit der zu erlassenden Rechtsverordnung die Nichtsteuerbarkeit der Leistung.

Hier ist es dringend erwünscht, dass die Hochschulen rechtzeitig in die Erarbeitung der auf der Grundlage von § 5 Abs. 10 Satz 4 ThürHG zu erlassenden Rechtsverordnung eingebunden werden, um ihre auf der Grundlage spezifischer eigener Anwendungsfälle bestehende Erfahrung umfassend einbringen zu können.

b) Zudem soll aus umsatzsteuerlicher Sicht auf eine Konsequenz des jetzigen Entwurfs von § 3 Abs. 4 ThürBibIG hingewiesen werden:

Während nach dem Entwurf der Regelungen im ThürHG die Kooperationspartner immer Körperschaften des öffentlichen Rechts sind und dadurch die Nichtumsatzsteuerbarkeit durch die Verordnung ermöglicht werden kann, sind in § 3 Abs. 4 ThürBibIG als Partner der Universität Jena „dritte Stellen“ genannt.

Hier soll darauf hingewiesen werden, dass die auf der Grundlage von § 5 Abs. 10 Satz 4 ThürHG zu erlassende Verordnung nur im Bereich der Kooperation zwischen zwei juristischen Personen des öffentlichen Rechts über § 2b Abs. 3 Nr. 1 UstG zur Nichtumsatzsteuerbarkeit führen kann. Dies hat zur Folge, dass wenn die ThULB diese Leistung an dritte Stellen erbringt, die keine juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind (z. B. Stiftung Schloss Friedenstein Gotha), sie auf privatrechtlicher Grundlage und daher außerhalb § 2b UStG als Unternehmer tätig ist.

## 2. Bibliotheksrechtlich relevante Regelungen

Die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek hebt in ihrer internen Stellungnahme die unter a) und b) aufgeführten Aspekte hervor und unterbreitet auf dieser Grundlage einen Vorschlag für die Anpassung der Regelung in § 3 Abs. 2 und 3 ThürBibIG (c):

### a) § 3 Abs. 2 ThürBibIG

- Im Bibliotheksbereich werden die prinzipiellen Aufgaben mit „Sammeln, Bewahren und Zugänglichmachen“ zusammengefasst.

Da aus der jetzt verwendeten Formulierung in § 3 Abs. 2 ThürBibIG („Sammlung, Erschließung und Archivierung“) der Medienzugang nicht unmittelbar abgeleitet werden kann, sollte die Formulierung entsprechend angepasst und der Terminus „Zugänglichmachung“ verwendet werden, was neben der Erschließung auch die Mediennutzung einschließen würde.

Die Deutsche Nationalbibliothek nutzt folgende Formulierung, um alle Teilaspekte des Sammlungsauftrages zu beschreiben:

„[...] im Original zu sammeln, zu inventarisieren, zu erschließen und bibliografisch zu verzeichnen, auf Dauer zu sichern und für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“

Es wird angeregt, diesen Passus für die Formulierung der landesbibliothekarischen Aufgaben in § 3 Abs. 2 ThürBibIG zu übernehmen.

- Der Sammlungsauftrag für Thuringica umfasst neben der Literatur über Thüringen auch die Literatur, die in Thüringen erscheint. Der Satz sollte entsprechend angepasst werden.

- Die reine Archivierung von für den Freistaat Thüringen unverzichtbarem Bibliotheksgut aus staatlichem Besitz in § 3 Abs. 2 ThürBibIG gibt den Auftrag nicht im vollem Umfang wieder. Hier wird eine Formulierung entsprechend ZLV empfohlen:

„[...] Bewahrung sowie Bereitstellung/Zugänglichmachung von für den Freistaat Thüringen unverzichtbarem Bibliotheksgut aus staatlichem Besitz („Last-Resort“-Funktion).“

- In der von der TSK erarbeiteten Richtlinie zur Förderung der Bestandserhaltung schriftlichen Kulturgutes, die sich unserer Kenntnis nach in einem ministeriellen Abstimmungsprozess befindet, beansprucht die für Kultur zuständige Oberste Landesbehörde für sich gleichzeitig die Koordinierungsstelle Bestandserhaltung Thüringen (KBTh) zu sein. Um hier die Einrichtungen und ihren Auftrag voneinander abzugrenzen könnte man die Formulierung aus dem ZLV „Betrieb eines Kompetenz- und Servicezentrums für die Bestandserhaltung von Bibliotheksgut“ verwenden.

### b) § 3 Abs. 3 ThürBibIG

- Bei der Unterstützung der sammlungsführenden Einrichtungen durch die Landesbibliothek sollte neben der Digitalisierung, Archivierung und Präsentation auch die Erschließung von Kulturgut als Aufgabe genannt werden, um diese kraft Gesetzes als Unterstützungsleistung für sammlungsführende Einrichtungen zu ermöglichen.

- Das ZLV adressiert einen größeren Adressatenkreis bezüglich der Unterstützung in Angelegenheiten der Bibliothekssysteme.

Der Gesetzesentwurf schränkt auf kleinere wissenschaftliche und Behördenbibliotheken ein, wohingegen das ZLV die Unterstützung forschungsrelevanter Institutionen (u. a. Bibliotheken, Behördenbibliotheken und Museen) mit einem modernen zentralen Bibliothekssystem als Ziel formuliert. Hier empfehlen wir die Formulierung aus dem ZLV zu übernehmen, da diese auch Museumsbibliotheken mit einschließt.

c) Es wird daher folgender Vorschlag für eine Überarbeitung der Regelungen unterbreitet:

### § 3 ThürBibLG

(2) Zu den landesbibliothekarischen Aufgaben gehört, die in und über Thüringen veröffentlichte Literatur im Original zu sammeln, zu inventarisieren, zu erschließen und bibliografisch zu verzeichnen, auf Dauer zu sichern und für die Allgemeinheit nutzbar zu machen, einschließlich der Fortschreibung der Regionalbibliographie für den Freistaat Thüringen, die Aufnahme der analogen und digitalen Pflichtexemplare gem. § 4 dieses Gesetzes, der Bewahrung sowie Bereitstellung/Zugänglichmachung von für den Freistaat Thüringen unverzichtbarem Bibliotheksgut aus staatlichem Besitz („Last-Resort“-Funktion) sowie der Betrieb eines Kompetenz- und Servicezentrums für die Bestandserhaltung von Bibliotheksgut.

(3) Die Landesbibliothek unterstützt sammlungsführende Einrichtungen im Freistaat Thüringen bei der Digitalisierung von Kulturgut, Erschließung, Archivierung und Präsentation digitalisierter Bestände. Sie betreibt ein zentrales Portal als Zugang zu digitalisierten Beständen. Zudem unterstützt sie forschungsrelevante Institutionen (u. a. Bibliotheken und Museen unterschiedlicher Trägerschaften) insbesondere in Angelegenheiten der Bibliothekssysteme.

Beigefügt finden Sie ebenfalls das von Ihnen im Nachgang übermittelte Formular zur Beteiligtdokumentation zu Ihrer weiteren Verwendung.

Mit freundlichen Grüßen

-- --

Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Rechtsamt

Stellvertretende Leiterin | Datenschutzbeauftragte

Fürstengraben 1, 07743 Jena

[www.uni-jena.de/Rechtsamt](http://www.uni-jena.de/Rechtsamt) <<http://www.uni-jena.de/Rechtsamt>> |

[@uni-jena.de](mailto:info@uni-jena.de)

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
		Hauptschwerbehindertenvertretung
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Friedrich-Schiller-Universität Jena
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Carl-Zeiß-Straße 3
	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Hauptvertrauensperson schwerbehinderter Beschäftigter beim TMWWDG	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Wir möchten mit unserer Stellungnahme darauf hinweisen, dass eine gesetzliche Verpflichtung entsprechend der Richtlinie (EU) 2016/2102 über die Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen besteht, dass Systeme, Software und Anwendungen barrierefrei sein müssen.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	Anhörung gemäß § 21 ThürGGO	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation <b>zu</b> ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 17.06.2022	



Hauptschwerbehindertenvertretung beim Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft  
c/o Friedrich-Schiller-Universität Jena

Thüringer Ministerium für Wirtschaft,  
Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Max-Reger-Straße 4 – 8  
99096 Erfurt

**Entwurf des Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich**  
Anhörung gemäß § 21 ThürGGO

Sehr geehrter Herr

vielen Dank für das Angebot an die Hauptschwerbehindertenvertretung, sich zum o. g. Gesetzentwurf zu äußern.

Zum Entwurf haben wir folgende Anmerkungen:

*Auf Seite 2 des Gesetzentwurfes ist formuliert, dass die Thüringer Universitäten für den Zeitraum 2021 bis 2025 aufgefordert sind IT-basierte Forschungsinformationssysteme (FIS) einzuführen, um die Transparenz in der Forschung zu erhöhen.*

Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass es eine gesetzliche Verpflichtung entsprechend der Richtlinie (EU) 2016/2102 über die Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen gibt, dass neu eingeführte Systeme und Software barrierefrei sein müssen.

*Auf Seite 6 ist beschrieben, dass die Landesbibliothek ein zentrales Portal als Zugang zu digitalisierten Beständen betreibt.*

Auch dieses Portal muss nach der genannten EU-Richtlinie barrierefrei sein oder ggf. barrierefrei gestaltet werden.

Als Hauptschwerbehindertenvertretung empfehlen wir, diese Aspekte in den geplanten Gesetzesänderungen mit aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptschwerbehindertenvertretung beim TMWWDG

**Hauptschwerbehinderten-  
vertretung**

**Ihr/e Ansprechpartner/in:**

**Ihr Zeichen:**

**Unser Zeichen:**  
(bitte bei Antwort angeben)

Jena  
19. April 2022

**Kontaktdaten:**

Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Hauptschwerbehindertenvertre-  
tung beim Ministerium für Wirt-  
schaft  
Wissenschaft und Digitale Gesell-  
schaft  
Carl-Zeiss-Straße 3  
07743 Jena

Ministerium  
für Wirtschaft, Wissenschaft und  
Digitale Gesellschaft  
Max-Reger-Str. 4 – 8  
99096 Erfurt

[www.thueringer-wirtschaftsministe-  
rium.de](http://www.thueringer-wirtschaftsministe-<br/>rium.de)

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
ENTWURF DES GESETZES ZUR GESTALTUNG DER AUFGABENWAHRNEHMUNG IM HOCHSCHUL- UND BIBLIOTHEKSBEREICH											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none; color: blue;">HOCHSCHULE SCHMALKALDEN</td> <td style="border: none; color: blue;">KARL UND ZUGLEICH STAATL. EINRICHTUNG (§ 2 Abs. 1 THÜRG.)</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none; color: blue;">3 LG CHAMMER</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none; color: blue;">98574 SCHMALKALDEN</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	HOCHSCHULE SCHMALKALDEN	KARL UND ZUGLEICH STAATL. EINRICHTUNG (§ 2 Abs. 1 THÜRG.)	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	3 LG CHAMMER	Postleitzahl, Ort	98574 SCHMALKALDEN
	Name	Organisationsform									
	HOCHSCHULE SCHMALKALDEN	KARL UND ZUGLEICH STAATL. EINRICHTUNG (§ 2 Abs. 1 THÜRG.)									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	3 LG CHAMMER									
Postleitzahl, Ort	98574 SCHMALKALDEN										
2.	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	FORSCHUNG, LEHRE, STUDIUM, WEITERBILDUNG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	GESETZENTWURF WIRD BEGRÜSST UND POSITIV BEWERTET	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
SCHMALKALDEN, 19.04.22	



Hochschule Schmalkalden | Blechhammer | D-98574 Schmalkalden

Thüringer Ministerium  
für Wirtschaft, Wissenschaft und  
Digitale Gesellschaft  
Hochschulabteilung  
Max-Reger-Str. 4-8  
99096 Erfurt

**PRÄSIDENT**

Blechhammer 4-9  
D-98574 Schmalkalden

Justitiariat (Dezernat 3)

19. April 2022

**Entwurf des Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung  
im Hochschul- und Bibliotheksbereich**

Anhörungsverfahren gemäß § 21 ThürGGO  
Ihr Erlass vom 24.03.2022

Sehr geehrter  
sehr geehrte

mit Ihrem o. a. Erlass räumen Sie die Möglichkeit ein, zu dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Stellungnahme abzugeben. Die Hochschule Schmalkalden kommt dieser Bitte gerne nach. Soweit die geplanten Regelungen zu keinerlei Bedenken Anlass geben oder für die Hochschule Schmalkalden keine Relevanz in der praktischen Umsetzung haben dürften, wird von einer Bewertung abgesehen; die vorliegende Stellungnahme – die insbesondere die Sicht der Hochschulleitung widerspiegelt - konzentriert sich somit auf die im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen, hinsichtlich deren aus Sicht der Hochschule „Positionierungsbedarf“ gesehen wird. Dies vorausgeschickt wird zum vorgelegten Gesetzentwurf wie folgt Stellung genommen:

**Zu Art. 1 Ziffer 1:**

Die Hochschule begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf grundsätzlich; dieser beinhaltet insbesondere geeignete Regelungen und Maßnahmen, die benannten steuer- und datenschutzrechtlichen Vorgaben sachgerecht umzusetzen und die Rechtssicherheit und Transparenz zu befördern.

Die zu § 5 Abs. 10 ThürHG geplanten Ergänzungen werden sehr positiv bewertet. Die in § 5 Abs. 10 Satz 4 neu ThürHG vorgesehene Ermächtigung, näheres durch Rechtsverordnung zu regeln, wird auch im Hinblick auf die dadurch eröffneten Möglichkeiten zur Konkretisierung und Flexibilisierung begrüßt. Es wird aber angeregt zu prüfen, ob nicht klarstellend in § 5 Abs. 10 Satz 4 neu ThürHG auch Satz 2 in Bezug genommen werden sollte:

„Das Ministerium wird ermächtigt, das Nähere, insbesondere zu den Gegenständen und Modalitäten der Kooperationen nach Satz 1 **und 2**, durch Rechtsverordnung zu regeln.“

**Zu Art. 1 Ziffer 2 Buchst. a) dd):**

Nur der guten Ordnung halber wird darauf hingewiesen, dass die neue Nummer 4 zweimal das Wort „den“ enthält; die Änderung bezieht sich offensichtlich auf die Formulierung „den damit verbundenen Ziel- und Leistungsvereinbarungen...“.

**Zu Art. 1 Ziffer 2 Buchst. d):**

Die geplante Neufassung wird positiv bewertet; insbesondere die vorgesehene Satzungsermächtigung ist ausdrücklich zu begrüßen, da hierdurch der Erlass hochschulspezifischer Regelungen ermöglicht wird. Dies könnte sich bei der Regelung konkreter Fallgestaltungen als hilfreich erweisen.

**Zu Art. 1 Ziffer 3:**

Die vorgesehene Novellierung des § 42 ThürHG wird als sachgerecht und im Hinblick auf die geplanten Änderungen in Art. 1 Ziffer 1 des Gesetzentwurfs folgerichtig erachtet.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

Leiter Dezernat Personal und Recht

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschule- und Bibliotheksbereich	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Landesärztekammer Thüringen
	Organisationsform
	Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Im Semmelweis 33
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
	07751 Jena
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Hauptgeschäftsführer der Landesärztekammer Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Entwurf ist noch diskussionsbedürftig. Es sollte daher noch nicht darüber abge- stimmt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Möglichkeit der Stellungnahme an das ThÜWoD mit Schreiben vom 28.6.2022	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
jena, 9.5.2022	

Landesärztekammer Thüringen | Postfach 100740 | 07707 Jena

Thüringer Ministerium für Wirtschaft,  
Wissenschaft und Digitale Gesellschaft  
Herrn  
Postfach 90 02 25  
99105 Erfurt

Datum: 10.05.2022

## **Entwurf des Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich**

Erneute Anhörung gemäß § 21 ThürGGO

Sehr geehrter Herr (

mit Mail vom 29. April 2022 bitten Sie um Stellungnahme bis zum 10. Mai 2022 zum Entwurf des Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich.

Vor Beantwortung erlauben wir uns darauf hinzuweisen, dass die gesetzte Frist unsere Körperschaft als Selbstverwaltungsorgan in ihrem Recht auf funktionierende Verwaltung verletzt. Eine solche Frist kann üblicherweise nicht eingehalten und der inhaltliche Wert der Stellungnahme kann durch fehlende Abstimmung mit Fachexperten nicht garantiert werden.

Daher können wir derzeit eine inhaltliche und rechtliche Würdigung, insbesondere zur Schaffung des § 125a Thüringer Hochschulgesetz neu, nicht abschließend vornehmen. Die Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage zum Führen des Titels „Hochschulklinikum“ nach Antrag beim Thüringer Wissenschaftsministerium lässt aus unserer Sicht noch viele Fragen offen. Erkennbar ist, dass der Titel zu gleichen Folgen führen kann, wie der Titel Universitätsklinikum, da vergleichbare Voraussetzungen geprüft werden sollen.

Uns ist bewusst, dass diese Gesetzesinitiative mit dem möglichen Aufbau der privaten HMU Hochschule in Erfurt zusammenhängt. Auch wenn grundhaft eine Überlegung sinnvoll ist, inwieweit das mit der Hochschule kooperierende Krankenhaus einen derartigen Titel erhält, liegen aus unserer Sicht derzeit keine Gründe vor, eine entsprechende Gesetzesgrundlage ohne ausführliche Besprechung und Vorbereitung in einer derart kurzen Frist in einen Gesetzesentwurf zu fassen.

Unseres Erachtens hat dies Auswirkungen auf den angeschobenen Prozess der Thüringer Gesundheitswerkstatt zur Zukunft der Krankenhausplanung auf der Basis des Entschließungsantrages der Regierungsparteien. Daneben ergeben sich mögliche Folgeansprüche auf Sonderverträge mit der gesetzlichen Krankenversicherung und ein Sonderstatus im Rahmen der stationären und ambulanten Versorgung.

### **Kontakt**

Im Semmicht 33 | 07751 Jena  
Tel.: 03641 614 - 0  
Fax: 03641 614 - 169  
Mail: [post@laek-thueringen.de](mailto:post@laek-thueringen.de)  
Web: [www.laek-thueringen.de](http://www.laek-thueringen.de)

### **Datenschutz**

Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung-Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage [www.laek-thueringen.de/datenschutz](http://www.laek-thueringen.de/datenschutz). Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.

Diese Punkte sehen wir als abstimmungsbedürftig, bevor eine solche Regelung Gesetzescharakter erhalten sollte. In Anbetracht eines frühestmöglichen klinischen Anteils an der privaten Hochschule in zwei bis drei Jahren ist noch genügend Zeit, diesen Abstimmungsprozess durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer

**Kontakt**

Im Semmicht 33 | 07751 Jena  
Tel.: 03641 614 – 0  
Fax: 03641 614 - 169  
Mail: [post@laek-thuringen.de](mailto:post@laek-thuringen.de)  
Web: [www.laek-thuringen.de](http://www.laek-thuringen.de)

**Datenschutz**

Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung-Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage [www.laek-thuringen.de/datenschutz](http://www.laek-thuringen.de/datenschutz). Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

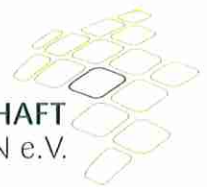
Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Landeskreuzlaufhaus-gesellschaft Thüringen e.V.</td> <td style="padding: 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Friedrich-Ebert-Str. 63</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landeskreuzlaufhaus-gesellschaft Thüringen e.V.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedrich-Ebert-Str. 63	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Landeskreuzlaufhaus-gesellschaft Thüringen e.V.	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedrich-Ebert-Str. 63									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	Interessenvertretung der Krankenhausbetreiber in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	Grundsätzliche Zustimmung zum Gesetzesvorhaben, allerdings sieht die LKH-Klärungsbedarfe, dass die Hochschulkliniken nach § 125a Thür-HG weiterhin den Regelungen der Krankenhausplanung in Thüringen und ihrer entsprechenden Beratung und Beschlussfassung im Krankenhausplanungsausschuss unterliegen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 17.06.2022	



LKHG Thüringen e.V. • Friedrich-Ebert-Str. 63 • 99096 Erfurt

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft  
und Digitale Gesellschaft

Herrn |

Abteilungsleiter Hochschulen

Postfach 90 02 25

99105 Erfurt

Verband der Krankenhausträger  
in Thüringen

Friedrich-Ebert-Straße 63  
99096 Erfurt

Telefon:  
+49 (0) 361 558300

Telefax:  
+49 (0) 361 5583019

[www.lkhg-thueringen.de](http://www.lkhg-thueringen.de)

[post@lkhg-thueringen.de](mailto:post@lkhg-thueringen.de)

**Anhörung zum Entwurf des Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im  
Hochschul- und Bibliotheksbereich  
Hier: Beabsichtigte Änderung im Thüringer Hochschulgesetz**

Ihre Nachricht vom  
28.04.2022

Unsere Nachricht vom  
06.05.2022

Telefon, Name

Datum  
10.05.2022

Sehr geehrter Herr \_\_\_\_\_,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 28.04.2022, eingegangen per E-Mail am 29.04.2022 und die damit verbundene kurzfristige Gelegenheit zur Stellungnahme.

Wir begrüßen die mit der Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes verbundene zusätzliche Schaffung von Medizinstudienplätzen. Für die Schaffung zusätzlicher Medizinstudienplätze haben sich insbesondere die Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen, die Landesärztekammer Thüringen und die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen seit vielen Jahren gemeinsam eingesetzt.

Gleichwohl möchten wir anmerken, dass im Hinblick auf den zur Anhörung vorgelegten Entwurf des Gesetzestextes (hier: § 125a Absatz 3 ThürHG) die Beantwortung der in unserem Schreiben vom 06.05.2022 aufgeworfenen Frage aussteht (**Anlage**).

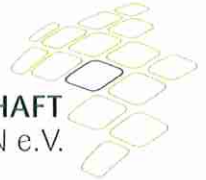
Laut telefonischer Auskunft durch [REDACTED] am 06.05.2022 wurde uns eine zeitnahe schriftliche Beantwortung Ihres Hauses zugesagt.

Für die Beantwortung danken wir Ihnen im Voraus und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Anlage: Schreiben der LKHG vom 6. Mai 2022



LKHG Thüringen e.V. • Friedrich-Ebert-Str. 63 • 99096 Erfurt

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft  
und Digitale Gesellschaft  
Postfach 90 02 25  
99105 Erfurt

Verband der Krankenhausträger  
in Thüringen

Friedrich-Ebert-Straße 63  
99096 Erfurt

Telefon:  
+49 (0) 361 558300

Telefax:  
+49 (0) 361 5583019

[www.lkhg-thueringen.de](http://www.lkhg-thueringen.de)

[post@lkhg-thueringen.de](mailto:post@lkhg-thueringen.de)

**Anhörung zum Entwurf des Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im  
Hochschul- und Bibliotheksbereich  
Hier: Beabsichtigte Änderung im Thüringer Hochschulgesetz**

Ihre Nachricht vom  
28.04.2022

Unsere Nachricht vom

Telefon, Name

Datum  
06.05.2022

Sehr geehrte

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 28.04.2022, eingegangen per E-Mail am 29.04.2022 und die damit verbundene Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Gesetzentwurf sieht u.a. eine Änderung von § 125a ThürHG (Staatliche Anerkennung als Hochschulklinikum) vor. Absatz 3 legt fest, dass mit der staatlichen Anerkennung kein Anspruch auf Finanzhilfe begründet wird. Ferner heißt es im Absatz 3:

*„Die Investitionsfinanzierung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz.... bleibt unberührt..“*

Die LKHG geht infolge dieser Bestimmung davon aus, dass diese Krankenhäuser auch weiterhin den Regularien der Krankenhausplanung in Thüringen (durch das TMASGFF als zuständige Planungsbehörde) und einer entsprechenden Beratung und Beschlussfassung im Krankenhausplanungsausschuss unterliegen.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns diese Feststellung aufgrund der übergeordneten Bedeutung kurz bestätigen könnten.

Da seitens der LKHG eine kurzfristige Befassung und Gremienberatung zu dem Entwurf bis zum 10.05.2022 noch nicht erfolgen konnte, bitten wir ferner vorsorglich um Fristverlängerung zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum 24.05.2022.

Hierfür bedanken wir uns Ihnen im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
<i>Entwurf des Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheks Bereich</i>		
<b>1.</b>	<b>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">Organisationsform</div>	
		<i>Thüringer Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit</i>
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Häßlerstr. 8</i>
	Postleitzahl, Ort	<i>99096 Erfurt</i>
<b>2.</b>	<b>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</b> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	<div style="flex: 1; border-right: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 2px;">Vorname</div>	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort		

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Überwachung der Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Unvollständige Verschiebung des § 11 Abs. 4 ThürHG nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 Entwurf-ThürHG; Möglichkeit der Einwilligung entfällt damit. In der Gesetzesbegründung fehlt dann dieser Hinweis auf den Regelfall, falls dies so geplant ist.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Anhörung gem. § 21 ThürGGO des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 14.06.22	



**Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!**

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und  
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissen-  
schaft und Digitale Gesellschaft  
Max-Reger-Straße 4-8  
99096 Erfurt

Ihre Nachricht vom : 24. März 2022  
Ihr Zeichen :  
Bearbeiter/in :  
Telefon :  
Erfurt, den :

**Entwurf des Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hoch-  
schul- und Bibliotheksbereich  
hier: Anhörung gem. § 21 ThürGGO**

Sehr geehrte

ich bedanke mich für die Gelegenheit der Abgabe einer Stellungnahme zum o. g.  
Gesetzentwurf.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht sind insbesondere die Änderungen in § 11 des  
Entwurfs des Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG-E) bedeutsam.

Nach Prüfung dieser geplanten Änderungen bestehen hiergegen keine daten-  
schutzrechtlichen Bedenken.

Entscheidend werden die vom Ministerium zu schaffenden Rechtsverordnungen  
zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten der in § 11 ThürHG-E aufgeführ-  
ten Personen sein. Insoweit bitte ich um rechtzeitige Einbindung des TLfDI.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

Postanschrift: Postfach 900455  
99107 Erfurt

Dienstgebäude: Häßlerstraße 8  
99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900  
E-Mail\*: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)  
Internet: [www.tlfdi.de](http://www.tlfdi.de)

\*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.



**Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!**

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und  
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissen-  
schaft und Digitale Gesellschaft  
Max-Reger-Straße 4-8  
99096 Erfurt

Ihre Nachricht vom : 29. April 2022  
Ihr Zeichen :  
Bearbeiter/in :  
Telefon :  
Erfurt, den :

**Entwurf Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul-  
und Bibliotheksbereich;**

**hier: Anhörung gem. § 21 ThürGGO**

Sehr geehrte

ich danke Ihnen für die erneute Zusendung des o. g. Gesetzentwurfs.

Hierzu habe ich folgende Anmerkung:

**§ 11 Abs. 3 Entwurf des ThürHG (neu)**

Gemäß der Gesetzesbegründung zum Wegfall von § 11 Abs. 4 ThürDSG wurde der Regelungsgehalt dieses Absatzes nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 Entwurf-ThürHG verschoben. Dies ist aber unvollständig:

Nach § 11 Abs. 4 ThürHG dürfen die personenbezogenen Daten der ehemaligen Mitglieder und Angehörigen der Hochschulen nur mit deren Einwilligung verarbeitet werden. Durch die Verschiebung nach § 11 Abs.1 Nr. 3 ThürHG-Entwurf ent-

Postanschrift: Postfach 900455 Dienstgebäude: Häßlerstraße 8  
99107 Erfurt 99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900  
E-Mail\*: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)  
Internet: [www.tlfdi.de](http://www.tlfdi.de)

fällt die Möglichkeit der Einwilligung. Damit ist die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der ehemaligen Mitglieder und Angehörigen durch die Hochschule verpflichtend.

Dies stellt aus datenschutzrechtlicher Sicht eine Einschränkung der Rechte der betroffenen Personen dar. Selbst wenn dies so gewollt sein sollte, muss zumindest in der Gesetzesbegründung sowohl zur erfolgten Streichung von § 11 Abs. 4 als auch in § 11 Abs. 1 Nr. 3 ThürHG-Entwurf diese Änderung dargestellt und begründet werden.

Ich bitte, dies bei der geplanten Änderung des ThürHG entsprechend zu berücksichtigen.

Weitere Anmerkungen ergeben sich aus datenschutzrechtlicher Sicht nicht.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Friedrich-Schiller-Universität Jena</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Fürstengraben 1</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Friedrich-Schiller-Universität Jena	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fürstengraben 1	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
	Name	Organisationsform									
	Friedrich-Schiller-Universität Jena	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fürstengraben 1									
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										
2.	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Forschung und Lehre	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) - Streichung einer Neuregelung zur staatlichen Anerkennung als Hochschulklinikum - Anregung, eine Ermächtigungsgrundlage für eine Hochschulregelung für besondere Förderangebote für Kriegsflüchtende aufzunehmen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Anhörung im Rahmen von § 21 ThürGGO	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Jena, den 15.06.2022	

## **Stellungnahme**

Das Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich sieht unter 7. die Ergänzung des ThürHG um § 125a vor, der die staatliche Anerkennung als Hochschulklinikum für Krankenhäuser regelt, die gemeinsam mit einer nach § 122 als Hochschule staatlich anerkannten Bildungseinrichtung Aufgaben in Forschung und Lehre im Studium der Humanmedizin wahrnehmen. Diese bedürfen zur Führung der Bezeichnung Hochschulklinikum, Universitätsklinikum oder einer entsprechenden fremdsprachigen Bezeichnung der staatlichen Anerkennung durch das Ministerium.

Voraussetzung für die staatliche Anerkennung ist, dass das Krankenhaus in einer einem staatlichen Universitätsklinikum vergleichbaren Weise zur Erfüllung der Aufgaben der Hochschule in Forschung und Lehre beiträgt und die dafür erforderliche Verbindung der Krankenversorgung mit Forschung und Lehre gewährleistet.

I. Mit diesem Gesetzesvorhaben wird eine Rechtsgrundlage zur Anerkennung weiterer hochschulmedizinischer Einrichtungen neben dem staatlichen Universitätsklinikum Jena geschaffen. Die Gesetzesbegründung bezieht sich auf die 2016 vom Wissenschaftsrat verfassten Eckpunkte zur nichtstaatlichen Mediziner Ausbildung in Deutschland. Darin formuliert der Wissenschaftsrat als Anforderung an die Mediziner Ausbildung insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Anforderungen an die Berufspraxis einen universitären Anspruch. Dazu zählt er:

- einen engen Bezug von Lehre, Forschung und Krankenversorgung;
  - eine den Herausforderungen an den Arztberuf genügende Gestaltung des Studiums, das von Lehrenden mit entsprechender didaktischer und wissenschaftlicher Qualifikation und einem an Universitäten üblichen Lehrdeputat durchgeführt wird;
  - ein strukturell abgesichertes, der Fächerkultur der Medizin mit ihrer erheblichen Binnendifferenzierung entsprechendes Forschungsumfeld;
  - ausreichende Freiräume für akademische Aufgaben und angemessene Ressourcen für Lehre und Forschung
- sowie
- ein breites Spektrum an medizinischen Fächern und Versorgungsleistungen in einem angemessenen Verhältnis von Maximal-, Grund- und Regelversorgung an den kooperierenden Kliniken, wie es für die Ausbildung der Studierenden nach der Approbationsordnung für Ärzte erforderlich ist.

Anders als in der Gesetzesbegründung aufgeführt muss nach Auffassung des Wissenschaftsrats bereits für die Anerkennung der Mediziner Ausbildung im nichtstaatlichen Bereich die Verbindung von Lehre, Forschung und Krankenversorgung in der notwendigen Qualität und Breite per se, also durch den Bildungsträger, gesichert sein. Zur Umsetzung dieser Bedingungen sieht der Wissenschaftsrat Verträge mit kooperierenden Kliniken vor, die die Durchsetzung der genannten Qualitätsmerkmale gewährleisten sollen. Die Anerkennung dieser Krankenhäuser als Hochschulkliniken wird von Seiten des Wissenschaftsrates nicht gefordert.

**Die Anerkennung des oder der kooperierenden Krankenhäuser als Hochschulklinik o. ä. ist damit weder eine rechtliche noch eine faktische Vorbedingung für die staatliche Akkreditierung des Studiengangs, wie nicht zuletzt das Beispiel HMU in Thüringen zeigt.**

Der hier für das Land Thüringen neu eröffnete Weg ist nahezu einmalig in Deutschland. Es gibt vielfältige private Anbieter von Medizinstudienplätzen in Deutschland; die assoziierten und mitarbeitenden Klinika haben aber bisher nicht das Recht, sich in die Riege der Universitätsklinika einzureihen; so sind sie auch nicht beim Verein der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) als Universitätsklinika geführt und gelistet, und nennen sich üblicherweise auch nicht Universitätsklinikum.

II. Wie bereits dargelegt, ist die Anerkennung eines oder mehrerer mit einem nichtstaatlichen Bildungsträger in der Lehre in der Humanmedizin kooperierenden Krankenhauses als Hochschulklinik nicht nur nicht gefordert, sondern birgt eine Reihe von Nachteilen für den Freistaat Thüringen. Ohne Not wird die vielfach für ein Flächenland in der Größe von Thüringen positiv hervorgehobene klare Struktur der Universitätsmedizin durch vermeintliche oder tatsächliche Konkurrenzsituationen beschädigt. Wie viele Institutionen sollen künftig die der Universitätsmedizin zugeordneten Systemaufgaben erfüllen?

In den Jahren 1992 bis 1994 wurde in Erfurt die Medizinische Akademie Erfurt abgewickelt und zum Teil in das damalige städtische Krankenhaus (heute Helios) überführt. Nur die der Forschung und Lehre zuzuordnenden Fachgebiete, die üblicherweise nicht der stationären Krankenversorgung dienen, wurden dem Universitätsklinikum Jena zugeordnet (Forschungsbereiche, Rechtsmedizin, Zahnmedizin etc.) und nach Jena überführt. Hierbei hatte die damalige Landesregierung trotz heftiger Widerstände den Empfehlungen des Wissenschaftsrates Folge geleistet. Die Empfehlungen sahen in dem kleinen strukturalarmen und finanziell nicht üppig ausgestatteten Bundesland nicht die Voraussetzungen und nicht die Notwendigkeiten für das Vorhalten von zwei Hochschulkliniken als gegeben, so dass der Freistaat nur noch eine Hochschulklinik betreiben sollte.

Andere Bundesländer (hier z.B.: Sachsen-Anhalt) haben ebenfalls den Abbau von Doppelstrukturen bei mehreren Hochschulkliniken aus gleichen Gründen forcieren wollen, sie scheiterten jedoch bekanntermaßen an diesem Vorhaben. Die Beispiele benachbarter Flächenländer ähnlicher Größenordnung zeigen schon bei staatlichen Universitätsklinika Reibungsverluste in der Organisation der Versorgungsstrukturen und der Forschungsschwerpunkte. Dies ist umso mehr im Zusammentreffen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure zu erwarten.

**Vor diesem historischen Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, warum eine Öffnungsklausel für die Etablierung neuer Hochschulkliniken eingeführt werden soll.**

Eine Hochschulklinik hat auf Grund der Regelungen des SGB V. Anspruch auf die Zuordnung von Krankenhausbetten in den verschiedenen Fachgebieten, die für die Lehre aber auch für die Facharztweiterbildung von Ärzten relevant sind. Es wird diesbezüglich in den Thüringer Krankenhausplan nur nachrichtlich aufgenommen. Die Bettenzuordnung sowie die Anzahl der Betten für andere Krankenhäuser werden u.a. unter Beachtung dieser bereits gesetzten Anzahl von der Planungsbehörde geplant. Die Etablierung weiterer Hochschulkliniken würde hier zu Lasten anderer Krankenhäuser eine Verschiebung der Bettenzuordnung bedeuten. Zugleich wäre damit einhergehend, dass auch Betten des UKJ zu Gunsten der neuen Hochschulklinik verschoben würden, mit der Folge, dass ggf. die für die Abrechnung gegenüber den Krankenkassen erforderlichen Mindermengen nicht mehr erreicht werden können (bspw. Herzchirurgie).

Eine mit dem Gesetzesentwurf möglich werdende Vergabe eines solchen Titels würde hiermit zu einer massiven Verzerrung sowohl in der Krankenhauslandschaft, wie auch in der Universitätslandschaft führen und darüber hinaus das landeseigene Universitätsklinikum in Jena nachhaltig schwächen.

Zwar soll die staatliche Anerkennung **keinen Anspruch** auf staatliche Finanzhilfe begründen. Mit der Anerkennung eines Krankenhauses als Hochschulklinik überträgt man diesem zugleich staatliche Aufgaben, die in aller Regel auch eine finanzielle Förderung, zumindest anteilig, verfassungsrechtlich begründen. Damit ist jedoch weder die Gewährung von Mitteln zur Finanzierung von Forschungsgroßgeräten, der Forschungsförderung allgemein oder von Finanzierungsquellen, wie des Krankenhauszukunftsgesetzes ausgeschlossen, das Hochschulkliniken nach Verteilungsschlüsseln auf Bundesebene offensteht.

Damit wären nicht nur die Förderungen für das bestehende Universitätsklinikum Jena, sondern von allen Hochschulen und Fachhochschulen Thüringens zu Gunsten der neu etablierten Hochschulkliniken gefährdet. Der Haushalt des TMWWDG ermöglicht bereits jetzt keine ausreichende Finanzierung von Baumaßnahmen und Investitionen des bislang einzigen Hochschulklinikums. Mit der Anerkennung von weiteren Hochschulkliniken werden Mittel nicht effizient gebündelt, sondern in fragwürdigen Konkurrenzsituationen allokiert.

#### Rechtliche Aspekte:

Hochschulkliniken haben als vorrangige Aufgabe, die Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Human- und Zahnmedizin zu gewährleisten. Daran orientiert sich die Krankenversorgung. Andere Krankenhäuser, die nun den Status einer Hochschulklinik im Rahmen eines ministeriellen Anerkennungsverfahrens erhalten sollen, sind zunächst Krankenhäuser, die im Wettbewerb stehen und bei denen sich die Lehre und Forschung an der Krankenversorgung ausrichten wird. Damit ist die gesetzgeberische Vorgabe bereits nicht erfüllt.

Sämtliche Hochschulen, Universitäten, und Fachhochschulen in Thüringen wurden auf Grundlage des Thüringer Hochschulgesetzes begründet. Damit hat sich der Landtag als Gesetzgeber für diese Hochschullandschaft entschieden. Durch die vorgesehene Regelung des § 125 a ThürHG wird eine Ermächtigungsgrundlage geschaffen, die es unterhalb des Gesetzgebers ermöglichen soll, die Hochschullandschaft durch einen Verwaltungsakt eines Ministeriums zu erweitern. Hier wäre eine verfassungsrechtliche Überprüfung erforderlich, ob ein solcher Paradigmenwechsel in der Zuordnung von Kompetenzen verfassungskonform ist.

Soll das Gesetzesvorhaben dennoch weiterverfolgt werden,

- kann die staatliche Anerkennung nur auf Basis eines positiven Gutachtens des Wissenschaftsrates erfolgen. Wir halten es für notwendig, dass die Bezeichnung „Universitätsklinikum“ tatsächlich nicht nur nominell, sondern auch materiell die geforderte Verbindung von Forschung und Lehre mit der Krankenversorgung leistet. Die Bezeichnung Universitätsklinikum sollte daher ein entsprechendes positives Gutachten des Wissenschaftsrates für die betreffende Institution voraussetzen.
- muss die Bereitstellung von Landesmitteln zur Förderung von Forschung und Lehre ausgeschlossen werden.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn Ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1; padding: 5px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1; padding: 5px;">Universität Erfurt</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">Hochschule des Landes, § 2 Abs. 1 ThürHG</div>	
	<div style="flex: 1; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;"></div>	
	<div style="flex: 1; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">Nordhäuser Straße 63</div>	
	<div style="flex: 1; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">99089 Erfurt</div>	
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	<div style="flex: 1; padding: 5px;">Name</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1; padding: 5px;"></div> <div style="flex: 1; padding: 5px;"></div>	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;"></div>	
	<div style="flex: 1; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; padding: 5px;"></div>	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	siehe ThürHG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Überwiegend Befürwortung, zusätzlich Anregung zur Änderung von § 2 Abs. 2 Satz 2 ThürBibG	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Anhörung durch das federführende Ministerium (§ 21 ThürGGO)	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 14.04.2022	

**Der Präsident**



Universität Erfurt | Postfach 900221 | 99105 Erfurt

An das  
Thüringer Ministerium für Wirtschaft,  
Wissenschaft und Digitale Gesellschaft  
Abteilung 4 – Hochschulen  
Referat 41  
Max-Reger-Straße 4-8  
99096 Erfurt

Ihr Schreiben vom

**Entwurf des Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung  
im Hochschul- und Bibliotheksbereich**

hier: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung nach § 21 ThürGGO

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum  
14.04.2022

Sehr geehrter Herr

die Universität Erfurt befürwortet den o.g. Gesetzentwurf grundsätzlich, regt darüber hinaus aber eine Änderung von § 2 Abs. 2 Satz 2 des Thüringer Bibliotheksgesetzes (ThürBibG) an.

Nach hiesiger Auffassung sollte die in der oben zitierten Vorschrift vorgenommene Wertung (Gleichrangigkeit der Aufgaben der Hochschulbibliotheken für Forschung und Lehre und Gewährleistung des sog. „Jedermannsrechts“) im Interesse eines klaren Vorrangverhältnisses zugunsten der originären Aufgaben der Hochschulbibliotheken gemäß § 44 Abs. 1 ThürHG (Bereitstellung von Literatur und anderen Informationsmedien für Lehre, Forschung und Studium) aus den folgenden Gründen aufgegeben werden:

In der Praxis führt das bisherige Nebeneinander der vorgenannten Aufgaben bei knapper werdenden finanziellen und personellen Ressourcen einerseits und einer steigenden Erwartungshaltung der Hochschulen an ihre zentralen Informationsinfrastruktureinheiten andererseits zu einer Disproportion der Zwecke.

Konkret werden von den Hochschulen zweckbestimmt aus dem Landeshaushalt zugewiesene Mittel für eine Aufgabenwahrnehmung der Hochschulbibliotheken außerhalb ihrer originären Zweckbestimmung (Forschung, Lehre, Studium) eingesetzt. Der Anteil externer Nutzer an der Gesamtnutzerschaft liegt bspw. an der UBE bei 43%, an der BUW bei 59% und an der ThULB bei 48% (Ausnahme Landesbibliothek). Allein im personalintensiven Benutzungsbereich führt dieser hohe Anteil an Externen zu einer unverhältnismäßigen Personalbindung, welche nicht im Zusammenhang mit den Aufgaben des § 44 ThürHG (Forschung, Lehre und Studium) steht.



Vor diesem Hintergrund wird durch den Gesetzgeber eine veränderte Gewichtung angeregt, bei der eine Vorrangbehandlung der originären Aufgaben der Hochschulbibliotheken gemäß ihrer Zweckbestimmung erfolgt.

Es wird daher vorgeschlagen, § 2 Abs. 2 Satz 2 ThürBibG wie folgt zu fassen:

„Sie stehen ~~unbeschadet ihrer besonderen Aufgaben für Forschung und Lehre~~ jedermann entsprechend § 1 für die private und berufliche wissenschaftliche Bildung zur Verfügung, **soweit dies mit ihren Aufgaben für Forschung und Lehre vereinbar ist.**“

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen

Präsident der Universität Erfurt

Anhang

Formular Beteiligendokumentation

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Landesverband Thüringen im deutschen Bibliotheksverband  
Landesfachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Thüringen  
Fachhochschule Erfurt  
Dr. Simon-Ritz, Direktor der Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar  
Bauhaus-Universität Weimar  
Hochschule Schmalkalden  
Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen  
Hochschule Nordhausen  
Friedrich-Schiller-Universität Jena Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek  
Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Landesfachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Thüringen  
TU Ilmenau  
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
Universität Erfurt  
dbv landesverband thüringen im deutschen bibliotheksverband  
Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken (ThHoBi)  
Sächsische Landesbibliothek

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit TLD</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Haßlerstr. 8</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit TLD		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Haßlerstr. 8	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit TLD										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Haßlerstr. 8									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Aufsichtsbehörde nach Art. 51 Datenschutz-Grundverordnung Aufsichtsbehörde im Sinne von Art. 41 Richtlinie (EU) 2016/680	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Aufgrund der Beteiligung des TLFDI bei der Anhörung des THWWDG zum damaligen Entwurf sind die dort geäußerten Bedenken im vorliegenden Entwurf ausgeräumt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>
Erfurt, 08.09.2022




**Thüringer Landesbeauftragter**  
für den **Datenschutz** und die **Informationsfreiheit**



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und  
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

AZ: 411-4/2022.3

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digi-  
tale Gesellschaft  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Ihre Nachricht vom : 18. Juli 2022  
Ihr Zeichen : A 6.1/sl, Si-Drs. //5754  
Bearbeiter/in :  
Telefon : +49 (361) 57-3112922  
Erfurt, den : 9. September 2022

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

THÜR. LANDTAG POST  
09.09.2022 11:41  
22482/2022

**Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul-  
und Bibliotheksbereich**

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

**- Drucksache 7/5754 -**

**hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**

ich danke Ihnen für die Gelegenheit der Stellungnahme zum o. g. Gesetzentwurf.

Im Rahmen der Beteiligung des TLfDI an dem Entwurf durch das TMWWDG hatte der TLfDI bereits Änderungsvorschläge eingebracht. Mit dem Entwurf der Verordnung über die Neuregelung des Datenschutzrechts an den Thüringer Hochschulen sind diese Änderungen berücksichtigt worden. Aus diesem Grund bestehen gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung keine datenschutzrechtlichen Bedenken mehr.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

Postanschrift: Postfach 900455 Dienstgebäude: Häßlerstraße 8  
99107 Erfurt 99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900  
E-Mail\*: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)  
Internet: [www.tlfdi.de](http://www.tlfdi.de)

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: DE338711747

\*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

26.10.2022

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 -											
1.	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landesverband Thüringen im Deutschen Bibliotheksverband e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Universitätsbibliothek</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Langewiesener Str. 37</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98693 Ilmenau</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landesverband Thüringen im Deutschen Bibliotheksverband e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Universitätsbibliothek	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Langewiesener Str. 37	Postleitzahl, Ort	98693 Ilmenau
Name	Organisationsform										
	Landesverband Thüringen im Deutschen Bibliotheksverband e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Universitätsbibliothek										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Langewiesener Str. 37										
Postleitzahl, Ort	98693 Ilmenau										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Vorsitzende Thüringer Bibliotheksverband (Ehrenamt) Bibliotheksrätin UniBibliothek Jena (Hauptamt)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- Regelung Landesbibliothek gut und wichtig - <u>aber</u> : Zuständigkeit der landesbibliothekarischen Aufgaben allein bei FSU Jena kritisch - Bedarf: Versinelllicher Finanzierung von öffentlichen Bibliotheken	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeleldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ilmenau, 10.09.22	

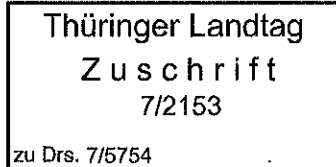
THÜR. LANDTAG POST  
08.09.2022 10:12  
22348/2022



landesverband thüringen  
im deutschen  
bibliotheksverband

Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt



Die Vorsitzende

Universitätsbibliothek Ilmenau  
Langewiesener Straße 37  
98693 Ilmenau

## Den Mitgliedern des AfWWDG

08.09.22

**Anhörung zum Entwurf für ein Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich, Drucksache 7/5754**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, zum Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Der Landesverband begrüßt die beabsichtigte Novellierung des Gesetzes ausdrücklich und ist von der grundsätzlichen Signalwirkung und Relevanz des Entwurfs in seiner vorliegenden Form überzeugt. Darüber hinaus finden wir darin zwei Bestimmungen, auf die wir im Folgenden näher eingehen wollen.

Zunächst: die ausführliche Definition der Aufgaben der Landesbibliothek halten wir für sehr wichtig. Der Gesetzentwurf entspricht in diesem Punkt ausdrücklich dem Ansinnen des Landesverbands nach einer klaren und zeitgemäßen Regelung zur Stellung der Landesbibliothek. Ebenso ist die Aufnahme der Pflichtexemplarregelung in das Thüringer Bibliotheksgesetz sinnvoll und begrüßenswert. Der Landesverband befürwortet damit die neuen §§ 3 und 4 des Gesetzesentwurfs ausdrücklich.

Die zweite Bestimmung bezieht sich auf die – insbesondere finanzielle – Situation der Öffentlichen Bibliotheken. Deren Finanzierung wurde bisher in § 5 geregelt, der nun aufgrund redaktioneller Änderungen im Gesetzentwurf zu § 7 wird. In seiner Ausgestaltung unterscheidet sich der neue § 7 zur Finanzierung jedoch nicht vom aktuell geltenden Gesetz. Der Landesverband sieht hier aber darüber hinausführenden Regelungsbedarf und vermisst eine verbindlichere Formulierung zur Finanzierung der Öffentlichen Bibliotheken.

So hat das kürzlich verabschiedete Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz gezeigt, dass verbindliche Finanzierungslösungen gesetzlich regelbar sind und sogar mit absoluten Summen untersetzt werden. Eine vergleichbare Formulierung für die Öffentlichen Bibliotheken hat zuletzt etwa Schleswig-Holstein in das dortige Bibliotheksgesetz aufgenommen. Der Landesverband ist der Auffassung, dass das Thüringer Bibliotheksgesetz eine ebenso verbindliche Regelung zur Stellung und Finanzierung der Öffentlichen Bibliotheken enthalten sollte.



deutscher  
bibliotheks  
verband

Nicht zuletzt sind Bibliotheken DIE zentralen, für jedermann zugänglichen Bildungsorte der Städte und Gemeinden. Unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Bildungsniveau oder Alter ermöglichen sie tagtäglich einen freien Zugang zu Informationen, lebenslangem Lernen und digitalen Welten. Ihre Türen stehen uneingeschränkt für Alle offen - und dieser Mehrwert darf nicht am Tropf der Projektfinanzierung hängen oder gegen die vielen anderen freiwilligen Leistungen abgewogen werden, die eine Kommune finanzieren soll.

Wir finden: die Bibliotheken des Landes sind die Grundlage für eine freie und demokratische Gesellschaft. Daher ist unsere Empfehlung, deren Finanzierung bei einer Novellierung des Thüringer Bibliotheksgesetzes verbindlich zu regeln und entsprechend im vorliegenden Gesetzentwurf zu ergänzen.

Für Rückfragen stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Kopie

THÜR. LANDTAG POST  
06.10.2022 06:38

24592/2022

dbv

landesverband thüringen  
im deutschen  
bibliotheksverband

Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

Den Mitgliedern des  
AfWWDG

Die Vorsitzende

Universitätsbibliothek Jena  
Langewiesener Straße 37  
98693 Jena

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/2175

zu Zs. 7/2153  
zu Drs. 7/5754

04.10.22

**Anhörung zum Entwurf für ein Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich, Drucksache 7/5754**

Sehr geehrte Damen und Herren,

uns ist bekannt, dass die Frist für eine Einreichung im Rahmen der Anhörung inzwischen abgelaufen ist. Trotzdem möchten wir zu einem Aspekt der geplanten Novellierung noch eine Notiz zu Protokoll geben.

Im Gesetzentwurf wird nicht deutlich, ob und wieviel Einfluss das Land noch auf die Landesbibliothek bzw. die Ausgestaltung der landesbibliothekarischen Aufgaben durch die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) Jena haben wird. Insbesondere aufgrund der Bedeutung der ThULB für die gesamte Bibliothekslandschaft sehen wir dies mit Sorge. Für viele Bibliotheken ist die ThULB Partner und Unterstützer in bibliothekarischen Fragen, z.B. beim Betrieb eines Bibliothekssystems oder der Begleitung von Digitalisierungsprojekten. Im aktuellen Entwurf wird die Verantwortung für die Ausgestaltung und Fokussierung der bibliothekarischen Aufgaben der ThULB ausschließlich in die Hände der Hochschulleitung gelegt.

Im Interesse der Thüringer Bibliothekslandschaft würden wir uns daher wünschen, im Gesetz einen landespolitischen Einfluss auf die landesbibliothekarischen Aufgaben zu verankern.

Für Rückfragen stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?												
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 -												
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)											
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landesfachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Thüringen Domplatz 1 99084 Erfurt (0361) 26 28 93 70-73</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landesfachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Thüringen Domplatz 1 99084 Erfurt (0361) 26 28 93 70-73	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort		
	Name	Organisationsform										
		Landesfachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Thüringen Domplatz 1 99084 Erfurt (0361) 26 28 93 70-73										
	Geschäfts- oder Dienstadresse											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort												
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)											
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname										
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer												
	Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Beratung und Förderung Öffentl. der Bibliothek	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen</b> ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Der Text bez. der Öffentlichen Bibliotheken ist unverändert. Eine Finanzierung wäre sinnvoll = Bibliotheken als Pflicht aufzulegen. Die Änderungen bez. der Wiss. Bibliotheken bilden die jetzige Praxis und sind sinnvoll.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>
Enl + 11.08.2022



Landesfachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Thüringen | Domplatz 1 | 99084 Erfurt

**Thüringer Landtag**  
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Postfach 90 02 15 | 99105 Erfurt  
Telefon: 0361 | 26 28 93 70 bis 73  
E-Mail: landesfachstelle@erfurt.de

Jürgen-Fuchs-Straße 1

**99096 Erfurt**

THÜR. LANDTAG POST  
15.08.2022 12:54

20442/22

Ihre Nachricht vom  
18.07.2022

Ihr Zeichen

Unsere Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum  
11.08.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage erhalten Sie die Stellungnahme der Landesfachstelle zum  
**Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich.**

Die Änderungen im Gesetz betreffen die Wissenschaftlichen Bibliotheken. Sie bilden die bereits jetzige Praxis ab und sind sinnvoll.

Mehr als 80 % der Thüringer Einwohner leben in einer Kommune mit einer Öffentlichen Bibliothek. Die derzeit 207 Öffentlichen Bibliotheken haben als Orte des Zugangs zu Wissen und Information und als Dritte Ort wesentliche und grundsätzliche Aufgaben zu erfüllen. Ihre Finanzierung liegt völlig im Ermessen der Kommunen. Eine Festlegung der Öffentlichen Bibliotheken als Pflichtaufgabe ab Grundzentrum entsprechend der Maßgaben des Bibliotheksentwicklungsplanes wäre sinnvoll, scheint aber wenig realistisch.

Für alle weiteren Fragen stehe ich Ihnen in vollem Maße zur Verfügung.

Yvonne ...

## Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich, Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Fachhochschule Erfurt University of Applied Sciences	Hochschule des Landes, § 2 Abs. 1 ThürHG
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Altonaer Straße 25
	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	siehe ThürHG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Überwiegend Befürwortung, zusätzlich Anregung zur Änderung von § 2 Abs. 2 Satz 2 ThürBibG	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>
Erfurt, 16.8.22

THÜR. LANDTAG POST  
17.08.2022 06:55

20559/2022

Fachhochschule Erfurt • PF 45 01 55 • 99051 Erfurt

Präsident

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digi-  
tale Gesellschaft  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

[www.fh-erfurt.de](http://www.fh-erfurt.de)

**Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul-  
und Bibliotheksbereich, Gesetzentwurf der Landesregierung – LT-Drs. 7/5754  
v. 28.06.2022**

Erfurt, 16.08.2022

Anhörung nach § 79 Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Hier: Stellungnahme Fachhochschule Erfurt/Hochschulbibliothek

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Fachhochschule Erfurt befürwortet den o.g. Gesetzentwurf grundsätzlich, sie regt aber eine Änderung von § 2 Abs. 2 Satz 2 des Thüringer Bibliotheksgesetzes (ThürBibG) an.

Nach hiesiger Auffassung sollte die in der oben zitierten Vorschrift vorgenommene Wertung (Gleichrangigkeit der Aufgaben der Hochschulbibliotheken für Forschung und Lehre und Gewährleistung des sog. „Jedermannsrechts“) im Interesse eines klaren Vorrangverhältnisses zugunsten der originären Aufgaben der Hochschulbibliotheken gemäß § 44 Abs. 1 ThürHG (Bereitstellung von Literatur und anderen Informationsmedien für Lehre, Forschung und Studium) aufgegeben werden:

In der Praxis führt das bisherige Nebeneinander der vorgenannten Aufgaben bei knapper werdenden finanziellen und personellen Ressourcen einerseits und einer steigenden Erwartungshaltung der Hochschulen an ihre zentralen Informationsinfrastruktureinheiten andererseits zu einer Disproportion der Zwecke.

Konkret werden mit der bisherigen Regelung von den Hochschulen zweckbestimmt aus dem Landeshaushalt zugewiesene Mittel (auch) für eine Aufgabenwahrnehmung der Hochschulbibliotheken außerhalb ihrer originären Zweckbestimmung (Forschung, Lehre, Studium) eingesetzt.

Vor diesem Hintergrund wird durch den Gesetzgeber eine veränderte Gewichtung angeregt, bei der eine Vorrangbehandlung der originären Aufgaben der Hochschulbibliotheken gemäß ihrer Zweckbestimmung erfolgt.

Es wird daher vorgeschlagen, § 2 Abs. 2 Satz 2 ThürBibG wie folgt zu fassen:

„Sie stehen ~~unbeschadet ihrer besonderen Aufgaben für Forschung und Lehre~~ jedermann entsprechend § 1 für die private und berufliche wissenschaftliche Bildung zur Verfügung, **soweit dies mit ihren Aufgaben für Forschung und Lehre vereinbar ist.**“

Anhang  
Formular Beteiligendokumentation

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Dr. Simon-Ritz</td> <td>Frank</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>Universitätsbibliothek Steubenstr. 6/8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99423 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Dr. Simon-Ritz	Frank	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	Universitätsbibliothek Steubenstr. 6/8	Postleitzahl, Ort	99423 Weimar
Name	Vorname										
Dr. Simon-Ritz	Frank										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	Universitätsbibliothek Steubenstr. 6/8										
Postleitzahl, Ort	99423 Weimar										

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Direktor der Universitätsbibliothek	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Plädoyer für die Ergänzung bzw. Änderung von § 5 des Thüringer Bibliotheksgesetzes	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Weimar, den 22.08.2022	

22. August 2022

TLF/11486/22/7

An den  
Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Str. 1

THÜR. LANDTAG POST  
24.08.2022 10:38  
21072/2022

99096 Erfurt

**Anhörung zum Entwurf für ein Thüringer Gesetz zur Gestaltung der  
Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich,  
Drucksache 7/5754**

hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit geben, zu diesem Gesetzentwurf der Landesregierung Stellung zu nehmen.

Bereits in der Plenardebatte am 14.07.2022 stießen die Regelungen, die dieses Gesetzesvorhaben umfasst, auf große Zustimmung. In diesem Sinne möchte ich ebenfalls meine Zustimmung zu den vorgeschlagenen Änderungen im Hochschul-, Bibliotheks- und Pressegesetz signalisieren. Insbesondere die klaren Regelungen zu den Aufgaben der Landesbibliothek im neuen § 3 des Bibliotheksgesetzes werden von mir ausdrücklich begrüßt. Die Überführung des sog. Pflichtexemplarrechts aus dem Pressegesetz in den neuen § 4 des Bibliotheksgesetzes erscheint ebenfalls plausibel und zeitgemäß.

Die Frage, die sich mir bei diesem Gesetzgebungsverfahren stellt, ist, ob es nicht insbesondere im Thüringer Bibliotheksgesetz – das 2008 das erste Bibliotheksgesetz in Deutschland auf Länderebene war – weitere Regelungen gibt, die aktualisiert werden sollten.

Die gilt insbesondere für den jetzigen § 5 (Finanzierung). Satz 1 sagt aus: „Die Bibliotheken werden von ihren Trägern finanziert.“ In Satz 2 wird eine Beteiligung des Landes an der Unterhaltsfinanzierung der Öffentlichen Bibliotheken geradezu ausgeschlossen: „Die Aufwendungen für den Unterhalt kommunaler Bibliotheken sind durch die Zuweisungen für freiwillige Leistungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs abgegolten.“ Von einer Zweckbindung im Finanzausgleichsgesetz hat der Gesetzgeber in Thüringen Abstand genommen.

Diese Formulierung erscheint heute – wie ich anhand von zwei Beispielen zeigen möchte – nicht mehr zeitgemäß.

Universitätsbibliothek

Direktor



Steubenstraße 6  
D-99423 Weimar  
Postanschrift:  
D-99421 Weimar

In Schleswig-Holstein wurde 2016 ein Bibliotheksgesetz verabschiedet, das in der Frage der Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Öffentlichen Bibliotheken in den Kommunen und Landkreisen deutlich über die Festlegungen des Thüringer Bibliotheksgesetzes hinausgeht. Zwar heißt es in § 7 Abs. 1 gleichlautend zum Thüringer Bibliotheksgesetz: „Die Bibliotheken werden von ihren Trägern finanziert.“ Eine entscheidende Richtungsweisung folgt aber im gleichen Paragraphen in Abs. 2. Hier verpflichtet sich das Land ausdrücklich, finanzielle Mittel zur Förderung der Öffentlichen Bibliotheken bereitzustellen. Als Quelle dieser Förderung wird das „Finanzausgleichsgesetz“ benannt.

Entsprechend findet sich die konkrete Mittelzuweisung in Schleswig-Holstein im Finanzausgleichsgesetz. Hier wird in § 4 (2) 7 festgelegt, dass die Träger der Öffentlichen Bibliotheken im Jahr 2022 insgesamt **8,401 Mio. Euro** als Förderung für diesen Bereich erhalten.

In Thüringen hat der Gesetzgeber im Frühjahr 2022 im Hinblick auf einen anderen Bereich der (Breiten-)Kultur in einem Gesetz ebenfalls Festlegungen getroffen, die deutlich über die unkonkreten Aussagen im Bibliotheksgesetz hinausgehen. In das „Thüringer Gesetz zur Anerkennung und Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen“ wurde in § 5 eine eindeutige Verpflichtung aufgenommen: „Der Freistaat Thüringen fördert ab dem Haushaltsjahr 2022 die Musikschulen und die Jugendkunstschulen jährlich insgesamt durch einen Zuschuss von **6.000.000 Euro**.“ Hier ist davon auszugehen, dass diese Summe als Zweckbindung Eingang in das Finanzausgleichsgesetz findet.

Eine entsprechende Verpflichtung des Freistaats Thüringen für die Öffentlichen Bibliotheken wäre aus meiner Sicht sehr wünschenswert. Ich möchte dafür plädieren, im Hinblick auf das Thüringer Bibliotheksgesetz auch den § 5 bei der jetzigen Novellierung zu berücksichtigen.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bibliotheksdirektor

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>1.</b>	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">BAUHAUS-UNIVERSITÄT WEIMAR</td> <td style="border: none;">KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">BAUHAUS-UNIVERSITÄT WEIMAR</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">GESCHWISTER-SCHOLL-STR. 8</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99423 WEIMAR</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	BAUHAUS-UNIVERSITÄT WEIMAR	KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	Geschäfts- oder Dienstadresse	BAUHAUS-UNIVERSITÄT WEIMAR	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	GESCHWISTER-SCHOLL-STR. 8	Postleitzahl, Ort	99423 WEIMAR
	Name	Organisationsform									
	BAUHAUS-UNIVERSITÄT WEIMAR	KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	BAUHAUS-UNIVERSITÄT WEIMAR									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	GESCHWISTER-SCHOLL-STR. 8									
Postleitzahl, Ort	99423 WEIMAR										
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>											
<b>2.</b>	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	UNIVERSITÄRE BILDUNG UND FORSCHUNG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen</b> ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zustimmung zum Gesetzesentwurf	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
WEIMAR, 23.08.2022	

23. August 2022

THÜR. LANDTAG POST  
29.08.2022 08:26

2134612022

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft  
und Digitale Gesellschaft  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
- Drucksache 7/5754 -

hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18.07.2022.

Die Bauhaus-Universität Weimar nimmt zu o. g. Gesetzentwurf wie folgt Stellung:

**1. Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes**

Den Änderungen von § 5 Abs. 10, § 11 und § 65 wird zugestimmt.

**2. Änderung des Thüringer Bibliotheksgesetzes**

Den Änderungen von § 2 und § 3 sowie der Hinzufügung von § 4 und § 8 wird zugestimmt.

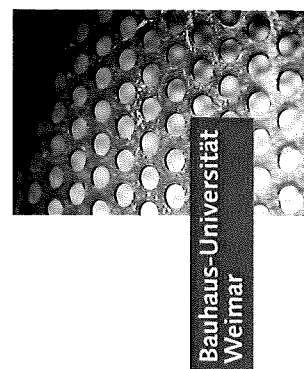
**3. Änderung des Thüringer Pressegesetzes**

Der Änderung von § 12 (bzw. der Verschiebung in § 4 des Thüringer Bibliotheksgesetzes) wird zugestimmt.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Vorläufige Leiterin



Geschwister-Scholl-Straße 8  
99423 Weimar

Postanschrift  
99421 Weimar  
Deutschland

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>HOCHSCHULE SCHMALCALDEN</td> <td>KÖRPER UND ZUGLEICH STAATL. EINRICHTUNG (FÜR ABST. TÄTIGKEITEN)</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>BLEICHHAMMER</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98574 SCHMALCALDEN</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	HOCHSCHULE SCHMALCALDEN	KÖRPER UND ZUGLEICH STAATL. EINRICHTUNG (FÜR ABST. TÄTIGKEITEN)	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	BLEICHHAMMER	Postleitzahl, Ort	98574 SCHMALCALDEN
	Name	Organisationsform									
	HOCHSCHULE SCHMALCALDEN	KÖRPER UND ZUGLEICH STAATL. EINRICHTUNG (FÜR ABST. TÄTIGKEITEN)									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	BLEICHHAMMER									
Postleitzahl, Ort	98574 SCHMALCALDEN										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	FORSCHUNG, LEHRE, STUDIUM, WEITERBILDUNG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	GESETZENTWURF WIRD BEACHTET UND POSITIV BEWERTET	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
SCHWALKALDEN, 25.08.22	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTB bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST  
31.08.2022 08:24

21568/2022

120 Jahre Höhere  
Bildung Schmalkalden



**HOCHSCHULE  
SCHMALKALDEN**  
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Hochschule Schmalkalden | Blechhammer | D-98574 Schmalkalden

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und  
Digitale Gesellschaft  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

**PRÄSIDENT**

Blechhammer 4-9  
D-98574 Schmalkalden

25. August 2022

**Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung  
im Hochschul- und Bibliotheksbereich**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 7 /5754

hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Ihr Schreiben vom 18.07.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrem o. a. Schreiben bitten Sie darum, zu dem vorliegenden Gesetzentwurf eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Die Hochschule Schmalkalden kommt dem gerne nach. Soweit die geplanten Regelungen zu keinerlei Bedenken Anlass geben oder für die Hochschule Schmalkalden keine Relevanz in der praktischen Umsetzung haben dürften, wird von einer Bewertung abgesehen; die vorliegende Stellungnahme – die insbesondere die Sicht der Hochschuleleitung widerspiegelt - konzentriert sich somit auf die im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen, hinsichtlich deren aus Sicht der Hochschule „Positionierungsbedarf“ gesehen wird. Dies vorausgeschickt wird zum vorgelegten Gesetzentwurf wie folgt Stellung genommen:

**Zu Art. 1 Ziffer 1:**

Die Hochschule begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf grundsätzlich; dieser beinhaltet insbesondere geeignete Regelungen und Maßnahmen, die benannten steuer- und datenschutzrechtlichen Vorgaben sachgerecht umzusetzen und die Rechtssicherheit und Transparenz zu befördern.

Die zu § 5 Abs. 10 ThürHG geplanten Ergänzungen werden sehr positiv bewertet. Die in § 5 Abs. 10 Satz 4 neu ThürHG vorgesehene Ermächtigung, näheres durch Rechtsverordnung zu regeln, wird auch im Hinblick auf die dadurch eröffneten Möglichkeiten zur Konkretisierung und Flexibilisierung begrüßt.

**Zu Art. 1 Ziffer 2 Buchst. d):**

Die geplante Neufassung wird positiv bewertet; insbesondere die vorgesehene Satzungsermächtigung ist ausdrücklich zu begrüßen, da hierdurch der Erlass hochschulspezifischer Regelungen ermöglicht wird. Dies könnte sich bei der Regelung konkreter Fallgestaltungen als hilfreich erweisen.



**Zu Art. 1 Ziffer 3:**

Die vorgesehene Novellierung des § 42 ThürHG wird als sachgerecht und im Hinblick auf die geplanten Änderungen in Art. 1 Ziffer 1 des Gesetzentwurfs folgerichtig erachtet.

22098/22

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Geschäftsstelle der Thüringer Landespräsidentenkonferenz (TLPK) c/o Universität Jena</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Fürstengraben 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken		Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle der Thüringer Landespräsidentenkonferenz (TLPK) c/o Universität Jena	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fürstengraben 1	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
Name	Organisationsform										
Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken											
Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle der Thüringer Landespräsidentenkonferenz (TLPK) c/o Universität Jena										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fürstengraben 1										
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse          (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)       </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kooperation im Bereich der Hochschulbibliotheken (vgl. § 44 ThürHG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken stimmt dem Gesetzentwurf zu.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

# Anlage 3

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>
Jena, 6.9.2022

---

**Von:** Bibliotheken TLPK <bibliotheken@tlpk.de>  
**Gesendet:** Dienstag, 6. September 2022 11:08  
**An:** Landtag Poststelle  
**Betreff:** Stellungnahme zum Gesetzentwurf "Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich"  
**Anlagen:** 20220906\_Stellungnahme\_ThHoBi\_Bibliotheksgesetz.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren "Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich".

Der Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken ThHoBi stimmt dem Gesetzentwurf zu.

Anbei übersende ich Ihnen das Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes zur Beteiligung an der Drucksache 7/5754.

Mit freundlichen Grüßen

-----

Referentin des Kooperationsverbunds Thüringer Hochschulbibliotheken (ThHoBi)

Geschäftsstelle Thüringer Landespräsidentenkonferenz (TLPK)

c/o Friedrich-Schiller-Universität Jena

Fürstengraben 1

07743 Jena

Tel: +49 3641 - 9 401017

Email: bibliotheken@tlpk.de <mailto:bibliotheken@tlpk.de>

Web: <https://thhobi.de> <<https://smex-ctp.trendmicro.com:443/wis/clicktime/v1/query?url=https%3a%2f%2fthhobi.de&umid=653ae017-6096->

4a24-ae33-b01249e74ba7&auth=60dd86b759b9769c75ae7b66aab1e18c50d11433-38a5a6d581b80f6b58e206061e76f69990804ac8>

www.tlpk.de <https://smex-  
ctp.trendmicro.com:443/wis/clicktime/v1/query?url=http%3a%2f%2fwww.tlpk.de&umid=653ae017-6096-4a24-ae33-b01249e74ba7&auth=60dd86b759b9769c75ae7b66aab1e18c50d11433-2f985b1e69de64b113b275f180e3178cbf47c243>

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>X</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;"><i>Gewerkschaft Erziehung &amp; Wissenschaft (GEW) Thüringen</i></td> <td style="padding: 2px;"><i>Gewerkschaft</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 2px;"><i>Heinrich-Mann - Str. 22</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;"><i>99096 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Gewerkschaft Erziehung &amp; Wissenschaft (GEW) Thüringen</i>	<i>Gewerkschaft</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Heinrich-Mann - Str. 22</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99096 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Gewerkschaft Erziehung &amp; Wissenschaft (GEW) Thüringen</i>	<i>Gewerkschaft</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Heinrich-Mann - Str. 22</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99096 Erfurt</i>										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;"></td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	gewerkschaftliche Interessenvertretung u. a. von Beschäftigten & Studierenden an Uten	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Umsetzung nicht kritikunwürdig, aber Zeitpunkt erschließt sich nur bei Änderungen wegen Umsatzsteuerrecht - zu viele zu unkonkrete Ermächtigungen der Ministeriums zu Rechtsverordnungen - Kritik, dass Hauptpersonalrat nicht offiziell angehört wird	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1.Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

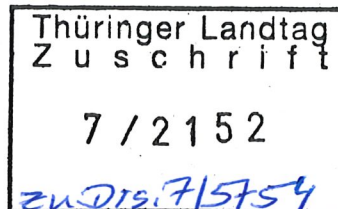
<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
<i>Seifert, 08.09.2022</i>	

// Vorsitzende //

THUR. LANDTAG POST  
08.09.2022 10:02  
22347/2022

GEW Thüringen • Heinrich-Mann-Str. 22 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale  
Gesellschaft  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt



Den Mitgliedern des

..... *AfWWDG* .....

Erfurt, 8. September 2022

**Stellungnahme der GEW Thüringen zum  
Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und  
Bibliotheksbereich  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
- Drs. 7/5754 -**

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft,  
wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum vorliegenden Gesetzentwurf Stellung nehmen zu können.

Ungeachtet dessen waren wir überrascht, in der Anzuhörendenliste nicht ebenfalls den Hauptpersonalrat vorzufinden. Unsere Mitglieder im Hochschulbereich sind selbstverständlich auch auf den Ebenen der Mitbestimmung aktiv und bringen hier die aktuellen Themen ein, nichtsdestotrotz ist der Hauptpersonalrat die offizielle Vertretung aller Beschäftigten an den Hochschulen, mithin auch derjenigen an den Bibliotheken. Dazu kommt: es sind alle Hochschulen – präziser muss es hier heißen: alle Hochschulleitungen über ihre Präsidenten – angeschrieben worden. Aus den Rückmeldungen wissen wir aber, dass die Information und Beteiligung der örtlichen Personalräte in den Stellungnahmeprozess der Hochschule eher nicht erfolgte. Ein transparentes Verfahren ist aber erst dann gegeben, wenn auch die Beschäftigten einbezogen sind, ungeachtet dessen, ob sie – scheinbar – unmittelbar nicht betroffen sind. Da auch die Konferenz der Thüringer Studierendenschaften KTS Anzuhörende ist, verwundert das Fehlen des Hauptpersonalrates umso mehr.

Wir haben nachvollzogen, dass es die Neuregelung im Umsatzsteuerrecht notwendig macht, einige Präzisierungen in der Zusammenarbeit der Hochschulbibliotheken und der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek ThULB notwendig vorzunehmen. Allerdings erschließt sich uns nicht, warum darüber hinaus weitere Themen erst jetzt (und gerade jetzt) geregelt werden sollen, auch wenn wir die geplante Umsetzung nicht falsch finden. Die Evaluation des Kooperationsverbundes der Hochschulen liegt bereits einige Jahre zurück und die Folgerungen daraus hätten eigentlich bereits aufgegriffen sein können.

Dennoch ist für uns die Umsetzung nicht kritikwürdig, bis auf einen grundsätzlichen Punkt: Zweifellos ist es richtig, dass nicht alle Details aller Themen in einem Gesetz sinnvoll behandelt werden können und es notwendig sein kann, weitere Rechtsverordnungen zu erlassen. Allerdings sollte im Gesetz der Rahmen

dieser Rechtsverordnungen geregelt sein, was allerdings im vorliegenden Entwurf in der Regel nicht so gehandhabt wird. Diese großzügige Ermächtigung des Ministeriums zu Rechtsverordnungen lehnen wir ab und erwarten vom Gesetzgeber, dass er den Rahmen für die Verordnungsermächtigung setzt. Dies aus zweierlei Gründen: Der erste und wichtigste ist, dass – durchaus – weit gehende Rechtsverordnungen ohne Einbeziehung von Stellungnahmen von Mitbestimmungsgremien von Beschäftigten und Studierenden – und ihren Gewerkschaften – ablaufen, gleichzeitig aber eine starke Wirkung auf diese haben können. Zum zweiten: wer wissen will, welche Verordnungen es im Bereich der Hochschulen gibt und was sie beinhalten, findet lediglich sehr eingeschränkte frei zugängliche Informationen.<sup>1</sup>

Irritiert hat uns eine Formulierung in den Erläuterungen „A. Problem und Regelungsbedürfnis“ im Zusammenhang mit dem Thüringer Hochschulgesetz: „... soll die Möglichkeit zur Zusammenarbeit zukünftig nachdrücklicher ausgestaltet werden und konkrete Regelungen zu deren Ausgestaltung getroffen werden.“ Im Gesetzentwurf sind dann wirtschaftlich sinnvolle Anpassungen (nötig durch die Novellierung des Umsatzsteuergesetzes), Ermutigungen (§ 65 Abs. 3 ThürHG: „Die Hochschulen können ... Forschungsinformationssysteme aufbauen und betreiben.“) und Abgrenzungen (Definition der Aufgaben der Landesbibliothek im Bibliotheksgesetz) enthalten.

Die GEW Thüringen geht daher abschließend davon aus, dass durch diese Regelungen nichts stattfindet, was den Hochschulen – auch zukünftig – finanzielle Mittel entzieht und damit auch in die Größe und die Struktur der Beschäftigten an den Hochschulen eingreift.

Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

---

<sup>1</sup> Ein Beispiel: Bisher konnten Alumni im Thüringer Hochschulgesetz nachlesen, dass die Hochschulen ihre Daten zum Zwecke der Pflege der Verbindung mit ihnen erheben können, sie diese Daten aber freiwillig zu Verfügung stellen. Dieser Passus soll nun in eine Rechtsverordnung geschoben werden. Davon abgesehen, dass diese Freiwilligkeit hier sowieso höherwertiges Recht und damit durch Rechtsverordnung nicht interpretierbar ist, kann davon ausgegangen werden, dass Alumni bewusst ist, dass es ein Hochschulgesetz gibt und es zu finden wissen. Die Suche nach einer Rechtsverordnung dürfte für sie in der Regel deutlich schwieriger, weil nicht voraussetzungslos sein.

22948/2022

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligtransparenz dokumentaton veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

*Bitte gut lesarlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich Gesetzentwurf der Landesregierung, - Drucksache 7/5754 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Hochschule Nordhausen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Weinberghof 4</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99734 Nordhausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Hochschule Nordhausen		Geschäfts- oder Dienstadresse	Weinberghof 4	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99734 Nordhausen
Name	Organisationsform										
Hochschule Nordhausen											
Geschäfts- oder Dienstadresse	Weinberghof 4										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99734 Nordhausen										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte (Kernaussage)</b> Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.] Von Seiten der Bibliothek der Hochschule Nordhausen gibt es keine weiteren Änderungswünsche oder Ergänzungen. Das Hauptthema umfasst die Stellung und Aufgaben der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena in ihrer Funktion als Landesbibliothek von Thüringen einerseits und Universitätsbibliothek andererseits. Eine klare Definition und auch Trennung der entsprechenden Aufgaben wird ja seit Jahren gefordert, und in diesem Kontext ist dieser Gesetzentwurf zu sehen. Eine in 2. geforderte Trennung und Einsehbarkeit der zugewiesenen Mittel wird seit Jahren von der ThuLB gefordert. Durch den in den letzten Jahren gewachsenen Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken und den darin agierenden Bibliotheksservicecentern (BSC) und AGs ist auch in der Struktur die Zusammenarbeit sehr verbessert worden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers</b> mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Nordhausen, 14.09.2022	

---

**Von:**  
**Gesendet:** Donnerstag, 8. September 2022 13:43  
**An:** Landtag Poststelle  
**Betreff:** Stellungnahme Hochschule Nordhausen zur Drucksache 7/5754 Thüringer  
Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und  
Bibliotheksbereich

THUR. LANDTAG POST  
08.09.2022 14:07

22320/22

unsere Bibliotheksleiterin, hat sich den Gesetzesentwurf angesehen und Folgendes  
festgestellt:

Von Seiten der Bibliothek der Hochschule Nordhausen gibt es keine weiteren Änderungswünsche oder Ergänzungen. Das Hauptthema umfasst die Stellung und Aufgaben der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena in ihrer Funktion als Landesbibliothek von Thüringen einerseits und Universitätsbibliothek andererseits. Eine klare Definition und auch Trennung der entsprechenden Aufgaben wird ja seit Jahren gefordert, und in diesem Kontext ist dieser Gesetzentwurf zu sehen. Eine in 2. geforderte Trennung und Einsehbarkeit der zugewiesenen Mittel wird seit Jahren von der ThuLB gefordert.

Durch den in den letzten Jahren gewachsenen Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken und den darin agierenden Bibliotheksservicecenter (BSC) und AGs ist auch in der Struktur die Zusammenarbeit sehr verbessert wurden.

Mit freundlichen Grüßen

--

Hochschule Nordhausen

Weinberghof 4

99734 Nordhausen

23.09.2022

Dr. 7/5754

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsg**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek</td> <td>Friedrich-Schiller-Universität Jena, Thüringer Universitäts- u. Landesbibliothek, Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>ThULB Jena</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bibliothekspark 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek	Friedrich-Schiller-Universität Jena, Thüringer Universitäts- u. Landesbibliothek, Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	ThULB Jena	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bibliothekspark 2	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
Name	Organisationsform										
Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek	Friedrich-Schiller-Universität Jena, Thüringer Universitäts- u. Landesbibliothek, Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	ThULB Jena										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bibliothekspark 2										
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Leitung der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Zustimmung zum Gesetzentwurf Bekräftigung einzelner Passagen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Jena, 16.09.2022	



**FRIEDRICH-SCHILLER-  
UNIVERSITÄT  
JENA** Thüringer Universitäts- und  
Landesbibliothek

Universität Jena · ThULB · 07737 Jena

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und  
Digitale Gesellschaft  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Bibliothekszplatz 2  
07743 Jena

THÜR. LANDTAG POST  
08.09.2022 14:42

Jena, 7. September 2022

22394/22

**Stellungnahme zu den geplanten Änderungen des Thüringer Hochschulgesetzes, Thüringer  
Bibliotheksgesetzes und Thüringer Pressegesetzes**

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte finden Sie anbei die Stellungnahme der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/5754). Die Stellungnahme ist mit der Universität abgestimmt und entspricht in den genannten Punkten der Auffassung der Universität.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage



- Anlage -

## **Stellungnahme zu den geplanten Änderungen des Thüringer Hochschulgesetzes, Thüringer Bibliotheksgesetzes und Thüringer Pressegesetzes**

### **„Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich“**

Die Stellungnahme beschränkt sich auf inhaltliche und die Arbeit der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek unmittelbar und mittelbar betreffende Änderungen. Sie lässt systematische sowie redaktionelle Anpassungen unberücksichtigt.

#### **Artikel 1 Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes**

##### **§ 5 Aufgaben der Hochschulen**

Die geplante Neuregelung ist sowohl aus Sicht der Universitäts- als auch der Landesbibliothek notwendig und alternativlos. Sie ermöglicht ein effizienteres und flexibleres Arbeiten, da die bereits vielfältigen existierenden und zukünftigen Kooperationen nunmehr eine klare gesetzliche Grundlage erhalten. Besonders den sich aus § 2b Abs. 3 UstG ergebenden Fragen begegnet die Neuregelung sinnvoll, indem sie einerseits durch die Möglichkeit unentgeltlichen Zusammenwirkens zur Bildung zentral-kooperativer Strukturen motiviert und andererseits der notwendigen Flexibilität spezifischer Kooperationen Rechnung trägt und im Rahmen einer zu formulierenden Rechtsverordnung präzise auf diese reagieren kann. Aktuell unterhält die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek allein über 50 Kooperationen mit verschiedenen Thüringer Institutionen (u.a. Hochschulen, Museen, Bibliotheken, Archive), die von einer entsprechenden Neuregelung betroffen wären und positiv davon profitieren würden.

##### **§ 11 Verarbeitung personenbezogener Daten**

Die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek unterhält nicht nur zahlreiche Kooperationen, sondern bietet auch zentrale Dienste für Forschung und Lehre an, bei denen personenbezogene Daten verarbeitet werden. Die geplante Neuregelung schafft bei einem gleichbleibendem sehr hohen Datenschutzniveau eine sichere Rechtsgrundlage und trägt durch die nähere Bestimmung einzelner Personenkreise für diese Dienste und Kooperationen in einer zu formulierenden Rechtsverordnung der notwendigen Flexibilität derartiger institutionenübergreifender Kooperationen Rechnung und ist daher ausdrücklich zu begrüßen.

#### **Artikel 2 Änderung des Thüringer Bibliotheksgesetzes**

##### **§ 3 Landesbibliothek**

Bisher wurden die im Rahmen der landesbibliothekarischen Funktion erbrachten Aufgaben in den jährlich fortgeschriebenen Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft und den Leitungen der Friedrich-Schiller-Universität sowie der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek bestimmt. Die nun geplante gesetzliche Normierung der Aufgaben der Landesbibliothek und der damit verbundenen klaren Profilierung der beiden kardinalen Bereiche als Universitäts- und Landesbibliothek ist ein gleichermaßen notwendiger wie unbedingt zu begrüßender Schritt. Dies gilt nicht nur in Bezug auf das jeweilige Leistungsportfolio,



sondern insbesondere auch hinsichtlich der spezifischen Verwendung entsprechend zugewiesener Mittel und den damit im Zusammenhang stehenden institutionsinternen wie -übergreifenden Kooperationen, Diensten und Infrastrukturen.

Zu den Aufgaben Abs. 2 – 4 im Einzelnen:

(2)

Nummern 1.-3. entsprechen den klassischen landesbibliothekarischen Funktionen wie sie sich zum Teil, wenngleich nicht in dieser systematischen Form, auch in den Bibliotheks-, Hochschul- oder Pressegesetzen anderen Bundesländern finden. Die Tätigkeitsbereiche orientieren sich u.a. am Sammlungsauftrag der Deutschen Nationalbibliothek und begründen die Gedächtnisfunktion von Bibliotheken i.S.v. sammeln und bewahren. Die Aufnahme des Pflichtexemplars Nr. 3 bzw. §4 in das Bibliotheksgesetz sorgt für Klarheit und kommt dem Bestreben gesetzssystematischer Ordnung entgegen. Die Verschiebung aus dem Pressegesetz ist daher zu begrüßen! Die unter Nr. 4 beschriebene „Last-Resort“-Funktion schließt erweitert den allgemeinen Sammlungsauftrag und profiliert die Landesbibliothek als Gedächtnisinstitution. Diese Sammelfunktion schließt zudem sinnvoll an die *Richtlinie über die Archivierung und Aussonderung von Bibliotheksgut durch die Hochschulbibliotheken des Freistaats Thüringen* an, indem sichergestellt wird, dass unverzichtbares Bibliotheksgut dauerhaft durch die Landesbibliothek bewahrt wird. Das unter Nr. 5 aufgeführte „Kompetenz- und Servicezentrum für die Bestandserhaltung von Bibliotheksgut“ zentralisiert beratende und konservatorische Aufgaben in der Landesbibliothek und schafft damit einen zentralen Anlaufpunkt für bestandswahrende Einrichtungen im Freistaat. Im Verbund mit der unter Abs. 3 neu kodifizierten Aufgabe eines Landesdigitalisierungszentrums für den Kulturbereich entsteht eine leistungsfähige Zentralstruktur, die gleichermaßen den Bestrebungen nach Bewahrung und Zugänglichmachung Rechnung trägt.

(3)

Die im Abs. 3 hinzukommende Aufgabe eines „Landesdigitalisierungszentrums für den Kulturbereich“ schafft eine gesetzliche Grundlage für ein Tätigkeitsfeld, das bereits seit vielen Jahren gelebte Praxis ist und macht diese nunmehr zu einer hoheitlichen Aufgabe. Die damit in Verbindung stehenden Leistungen umfassen einerseits die Retro-Digitalisierung, fachspezifische Metadaten-Erschließung, Langzeitarchivierung und Präsentation von Kulturdaten des Freistaats. Andererseits wird die „Unterstützung wissenschaftlicher und behördlicher Bibliotheken in Angelegenheiten digitaler Bibliothekssysteme“ gesetzlich verankert. Auf diese Weise können die an der Landesbibliothek gebündelten Mittel und Kompetenzen zentral und effizient für kleinere Institutionen eingesetzt werden. Das Aufgabenfeld „Landesdigitalisierungszentrums für den Kulturbereich“ ist eine konsequente institutionelle Verstetigung des mit der Thüringer Strategie für die Digitale Gesellschaft beschrittenen Weges einer landesweiten Digitalisierung von Kulturgut sowie dessen Zusammenführung in einem Digitalen Kultur- und Wissensportal „kulthura“. Mit der gesetzlichen Verankerung dieser Aufgaben avanciert der Freistaat Thüringen zum Vorreiter in der Bundesrepublik, indem die digitale Transformation im Kulturbereich auf ein zentrales und nachhaltiges Fundament gestellt wird. Der Gesamtprozess von der Digitalisierung bis zur Präsentation erfolgt dabei unter Berücksichtigung der Praxisregeln „Digitalisierung“ der DFG und schafft somit auch für forschende Einrichtung hinsichtlich der Datenqualität (inkl. Nachnutzung) und des -managements eine wesentliche Grundlage für die informationstechnischen Anforderungen in der Drittmittelakquise.

(4)

Die gesetzliche Normierung der landesbibliothekarischen Aufgaben (Abs. 2-3) begegnet im Verbund mit der im Abs. 4 vorgenommenen Ermächtigung zur Zusammenarbeit mit Dritten den sich im Zusammenhang § 2b Abs. 3 UstG ergebenden Fragen sinnvoll und ermöglicht so eine bestmögliche Nutzung der staatlich bereitgestellten Ressourcen. Aus den vielfältigen und u.a. hinsichtlich der urheberrechtlichen und körperschaftsrechtlichen teilweise schwierigen Kooperationen mit dritten Stellen ergibt sich ein spezifischer Regelungsbedarf. Um diesem sich z.B. durch technische und rechtliche Entwicklungen häufig verändernden Bedarf in seiner jeweiligen Spezifik entsprechen zu



können, ist die ministerielle Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung aus universitäts- und landesbibliothekarischer Sicht, notwendig und zu begrüßen.

#### **§4 Pflichtexemplar**

(1)

Die Übernahme der gesetzlichen Grundlage für die Pflichtexemplarregelung in das ThürBibG wird aus gesetzessystematischer begrüßt. Die Zusammenstellung der Verpflichtung zur Abgabe und der entsprechenden landesbibliothekarischen Aufgabe (§ 3 Abs. 2 Nr. 3) schafft eine tätigkeitsbezogene Ordnung.

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut lesbar ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 - hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/4732 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Friedrich-Schiller-Universität Jena Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek</i></td> <td><i>Hochschule / wissenschaftliche / mehr Bibliothek Körperschaft des öffentlichen Rechts</i></td> </tr> <tr> <td colspan="2">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Friedrich-Schiller-Universität Jena Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek</i>	<i>Hochschule / wissenschaftliche / mehr Bibliothek Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	<i>Friedrich-Schiller-Universität Jena Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek</i>	<i>Hochschule / wissenschaftliche / mehr Bibliothek Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td colspan="2">Straße, Hausnummer</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Direktor / Leitung der Thüringer Universität und Landesbibliothek	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 22.02.2023	

THÜR. LANDTAG POST  
23.02.2023 09:14

5345/2023



FRIEDRICH-SCHILLER-  
UNIVERSITÄT  
JENA

Thüringer Universitäts- und  
Landesbibliothek

Universität Jena · ThULB · 07737 Jena

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

*Direktor*

Bibliotheksplatz 2  
07743 Jena

Telefon: 036 41 9-404 000  
Telefax: 036 41 9-404 002  
E-Mail: [direktion\\_thulb@uni-jena.de](mailto:direktion_thulb@uni-jena.de)

Jena, 22. Februar 2023

zu VL 7/4732

**Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich**

hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN – Vorlage  
7/4732 –

hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Forelle,

bitte finden Sie anbei die gemeinsame Stellungnahme der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek und der Friedrich-Schiller-Universität zum o. g. Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/5754.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.



- Anlage -

## Stellungnahme zum Änderungsantrag - Vorlage 7/4732 - zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Bibliotheksbereich

### §3 Landesbibliothek

Bisher wurden die im Rahmen der landesbibliothekarischen Funktion erbrachten Aufgaben in den jährlich fortgeschriebenen Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft und den Leitungen der Friedrich-Schiller-Universität sowie der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek bestimmt. Die nun geplante gesetzliche Normierung der Aufgaben der Landesbibliothek und der damit verbundenen klaren Profilierung der beiden kardinalen Bereiche als Universitäts- und Landesbibliothek ist ein gleichermaßen notwendiger wie unbedingt zu begrüßender Schritt. Dies gilt nicht nur in Bezug auf das jeweilige Leistungsportfolio, sondern insbesondere auch hinsichtlich der spezifischen Verwendung entsprechend zugewiesener Mittel und den damit im Zusammenhang stehenden institutionsinternen wie -übergreifenden Kooperationen, Diensten und Infrastrukturen.

Zu den Aufgaben Abs. 2, Ziffer 1 – 6 im Einzelnen:

(2)

Ziffer 1 - 3 entsprechen den klassischen landesbibliothekarischen Funktionen wie sie sich zum Teil, wenngleich nicht in dieser systematischen Form, auch in den Bibliotheks-, Hochschul- oder Pressegesetzen anderen Bundesländern finden. Die Tätigkeitsbereiche orientieren sich u. a. am Sammlungsauftrag der Deutschen Nationalbibliothek und begründen die Gedächtnisfunktion von Bibliotheken i. S. v. sammeln und bewahren. Die Aufnahme des Pflichtexemplars Ziffer. 3 bzw. §4 in das Bibliotheksgesetz sorgt für Klarheit und kommt dem Bestreben gesetzessystematischer Ordnung entgegen. Die Verschiebung aus dem Pressegesetz ist daher zu begrüßen!

Die unter Ziffer 4 beschriebene „Last-Resort“-Funktion erweitert den allgemeinen Sammlungsauftrag und profiliert die Landesbibliothek als Gedächtnisinstitution. Konkretisiert wird diese Sammelfunktion bereits in der *Richtlinie über die Archivierung und Aussonderung von Bibliotheksgut durch die Hochschulbibliotheken des Freistaats Thüringen*, so dass die Bewahrung von unverzichtbarem Bibliotheksgut dauerhaft durch die Landesbibliothek sichergestellt wird.

Das unter Ziffer 5 aufgeführte „Kompetenz- und Servicezentrum für die Bestandserhaltung von Bibliotheksgut“ zentralisiert beratende und konservatorische Aufgaben in der Landesbibliothek und schafft damit einen zentralen Anlaufpunkt für bestandswahrende Einrichtungen im Freistaat. Im Verbund mit der unter Abs. 3 neu kodifizierten Aufgabe eines Landesdigitalisierungszentrums für den Kulturbereich entsteht eine leistungsfähige Zentralstruktur, die gleichermaßen den Bestrebungen nach Bewahrung und Zugänglichmachung Rechnung trägt.

Die unter Ziffer 6 benannten Aufgaben profilieren die landesbibliothekarische Funktion sinnvoll, indem sie die Landesbibliothek als zentrale und koordinierende Anlaufstelle für wissenschaftliche Bibliotheken ausweisen. Damit wird eine bisher bestehende Lücke für jene wissenschaftlichen Bibliotheken geschlossen, die nicht zugleich Hochschulbibliotheken sind. Zudem ist die damit verbundene stärkere



Abgrenzung zu den in §2 (3) formulierten Zuständigkeiten der Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken inhaltlich konsequent und zu begrüßen.

(3)

Die Aufgabe eines „Landesdigitalisierungszentrums für den Kulturbereich“ schafft eine gesetzliche Grundlage für ein Tätigkeitsfeld, das bereits seit vielen Jahren gelebte Praxis ist und macht diese nunmehr zu einer hoheitlichen Aufgabe. Die damit in Verbindung stehenden Leistungen umfassen einerseits die Retro-Digitalisierung, fachspezifische Metadaten-Erschließung, Langzeitarchivierung und Präsentation von Kulturdaten des Freistaats.

Das Aufgabenfeld „Landesdigitalisierungszentrums für den Kulturbereich“ ist eine konsequente institutionelle Verstetigung des mit der Thüringer Strategie für die Digitale Gesellschaft beschrittenen Weges einer landesweiten Digitalisierung von Kulturgut. Die Landesbibliothek unterstützt die sammlungsführenden Einrichtungen dabei mit technischen Mitteln (Digitalisierungs-Kits, Digitalisierungsleistungen), mit zentralen und an die Langzeitarchivierung angeschlossenen Repositorien sowie mit digitaler Infrastruktur für das Management verschiedener Bestandsgruppen. Hierzu zählt einerseits das Bibliothekssystem „Koha“ und andererseits die zentrale Präsentations- und Rechercheplattform „kulthura“ (Digitales Kultur- und Wissensportal Thüringens). Mit der gesetzlichen Verankerung dieser Aufgaben avanciert der Freistaat Thüringen zum Vorreiter in der Bundesrepublik, indem die digitale Transformation im Kulturbereich auf ein zentrales und nachhaltiges Fundament (Normdaten, Langzeitarchivierung) gestellt wird. Der Gesamtprozess von der Digitalisierung bis zur Präsentation erfolgt dabei unter Berücksichtigung der Praxisregeln „Digitalisierung“ der DFG und schafft somit auch für forschende Einrichtung hinsichtlich der Datenqualität (inkl. Nachnutzung) und des -managements eine wesentliche Grundlage für die informationstechnischen Anforderungen in der Drittmittelakquise.

Da Absatz (3) inhaltlich die technischen Leistungen der Kulturgutdigitalisierung i. S. d. Landesdigitalisierungszentrums umfasst, sollten davon abweichende Inhalte hier nicht aufgenommen werden. Im konkreten Wortlaut empfehlen daher die kursiv-unterstrichen hervorgehobenen Stellen in Satz 3 zu streichen:

*„Sie unterstützt wissenschaftliche Bibliotheken und anderer Bibliotheken in öffentlicher oder privater Trägerschaft mit wertvollen historischen Beständen, wissenschaftsrelevante Einrichtungen und Behördenbibliotheken insbesondere in Angelegenheiten der Bibliothekssysteme und [unterbreitet] Angebote zur Fort- und Weiterbildung.“*

Begründung:

Der Satz 3 bezieht sich auf die genannte Unterstützung wissenschaftsnaher Einrichtungen mit dem Bibliothekssystem „Koha“. Die Beschränkung begründet sich einerseits in Art (Zweckbindung) und Umfang der dafür vom TMWWDG bereitgestellten Mittel und andererseits in der besonderen Qualität der entsprechenden Bestände, die häufig begleitende konservatorische oder Aspekte der Provenienzforschung notwendig machen.

Im zweiten Teil des Satzes findet sich eine nahezu wortgleiche Ergänzung zu §3 (2) Ziffer 6 bezüglich der Unterbreitung von Angeboten zur Fort- und Weiterbildung. Dies sollte aus inhaltlich-systematischen Gründen hier gestrichen werden, da im Absatz (3) die Aufgabe des „Landesdigitalisierungszentrums für den Kulturbereich“ und die Unterstützung mit digitalen Bibliothekssystemen für wissenschaftliche Institutionen gefasst ist und es sich mithin um einen „technischen Leistungsinhalt“ handelt.



Eine generelle Erweiterung des Adressatenkreises auf Bibliotheken in öffentlicher und privater Trägerschaft widerspricht aus unserer Sicht zudem der sinnvoller Weise im Gesetzentwurf angestrebten klaren Trennung zwischen den Aufgaben der Landesfachstelle für öffentliche und jenen der Landesbibliothek für wissenschaftliche Bibliotheken.

Bezüglich der durch die ThULB als Hochschulbibliothek bereits regelmäßig angebotenen Fort- und Weiterbildungen verweisen wir hier einerseits für wissenschaftliche Hochschulbibliotheken auf den Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken (ThHoBi) sowie andererseits auf das allen öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken offenstehende dbv-Fortbildungsprogramm. Diese Angebote werden als Hochschulbibliothek bzw. als institutionelles Mitglied im dbv erbracht und sind unabhängig von den landesbibliothekarischen Aufgaben. Sie sind aus unserer Sicht damit keine Angelegenheit des Bibliotheksgesetzes.

Der Satz 4 könnte unter Berücksichtigung der hier vorgeschlagenen Änderungen entfallen, da die Zuständigkeit der Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken dann nicht mehr berührt wäre.

Damit würde § 3 Abs. 3 lauten:

(3) Die Landesbibliothek unterstützt sammlungsführende Einrichtungen in Thüringen bei der Digitalisierung von Kulturgut sowie der Erschließung, Archivierung und Präsentation digitalisierter Bestände. Sie betreibt ein zentrales Portal als Zugang zu digitalisierten Beständen. Sie unterstützt wissenschaftliche Bibliotheken, wissenschaftsrelevante Einrichtungen und Behördenbibliotheken insbesondere in Angelegenheiten der Bibliothekssysteme.

#### §4 Pflichtexemplar

Die Übernahme der Regelungen zum „Pflichtexemplar“ in das Bibliotheksgesetz ist aus gesetzessystematischen Gründen zu begrüßen.

5219/2023

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBetellG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetellG in der Betelligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 - hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/4732 -											
1.	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesfachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Thüringen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Domplatz 1 Postfach 90 02 15</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt PLZ Postfach: 99105 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesfachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Thüringen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Domplatz 1 Postfach 90 02 15	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt PLZ Postfach: 99105 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Landesfachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Thüringen										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Domplatz 1 Postfach 90 02 15									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt PLZ Postfach: 99105 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Öffentliche Bibliotheken	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte (Kernaussage)</b> Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- sind mit der jetzigen Ausformung einverstanden	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeleiddokG).	
<input checked="" type="checkbox"/>	ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
in L + 22.02.2023	

## Landtag Puscher, Dana

---

Von: @erfurt.de  
Gesendet: Mittwoch, 22. Februar 2023 09:27  
An: Landtag Poststelle  
Betreff: Drucksache 7/5754  
Anlagen: Scan.pdf

THUR. LANDTAG POST  
24.02.2023 10:03

Sehr geehrte Frau

wir haben keine Einwände.

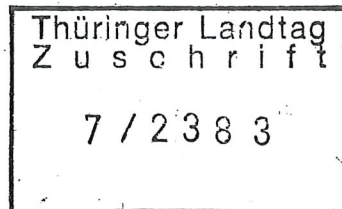
Ich hoffe der Scan entspricht Ihren Anforderungen.

Mit freundlichen Grüßen

Den Mitgliedern des

.....*A FEKM*.....

Landesfachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Thüringen  
Leiterin  
Domplatz 1  
99084 Erfurt



*Zu Drs. 7157541*

*ZV VL 714732*

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserblich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/6754 - hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/4732 -											
1.	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG, Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Technische Universität Jena Universitätsbibliothek</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Langerwiesener Str. 37</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>98683 Jena</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Technische Universität Jena Universitätsbibliothek	Geschäfts- oder Dienstadresse	Langerwiesener Str. 37	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	98683 Jena	Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
		Technische Universität Jena Universitätsbibliothek									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Langerwiesener Str. 37									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	98683 Jena									
Postleitzahl, Ort											
2. Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Billiotheksdirektor	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bis auf wenige Details Zustimmung zum Änderungsantrag	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 27.2.23	

Technische Universität Ilmenau | PF 10 05 65 | 98684 Ilmenau

Bibliotheksdirektor

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien  
z. Hd. Herrn Forelle  
Jürgen-Fuchs-Str. 1

Universitätsbibliothek  
Direktion

TU Ilmenau, Leibnizbau  
Langwiesener Str. 37  
98693 Ilmenau

99096 Erfurt

zu VL 7/4732

direktion.ub@tu-ilmenau.de  
Bearbeiter:

Ilmenau, 27. Februar 2023

Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich  
Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 7/5754)  
hier: Änderung der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/4732)  
hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags  
Ihr Schreiben vom 30.01.2023

Sehr geehrter Herr Ministerialrat, sehr geehrter Herr Forelle,

hiermit möchte ich zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum „Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich“ Stellung nehmen. Aus fachlichen Gründen beziehe ich mich ausschließlich auf die Ausführungen zur Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (ThULB) und nicht auf die zur Landesfachstelle für die öffentlichen Bibliotheken.

Die aufgeführten Änderungen und die Zusammenführung im Bibliotheksgesetz sind zu begrüßen, da, wie in der Begründung ausgeführt, eine klarere Trennung der Aufgaben der ThULB hinsichtlich ihrer Funktion als Universitäts- einerseits und als Landesbibliothek andererseits sinnvoll ist. Zudem ist auch die klare Regelung der Zuständigkeiten zwischen der Landesbibliothek (für die wissenschaftlichen Bibliotheken) und der Landesfachstelle (für die öffentlichen Bibliotheken) zu begrüßen.

Im Folgenden einige Anmerkungen zu einzelnen Textstellen:

1. Im Sinne der oben beschriebenen klaren Aufgabenzuweisung an die Landesbibliothek und die Landesfachstelle, sollte in § 3, Abs. 3, Satz 3 der Passus „andere Bibliotheken in öffentlicher oder privater Trägerschaft mit wertvollen historischen Beständen,“ gestrichen werden.
2. Die Ausführungen zur Fort- und Weiterbildung doppeln sich im § 3 in Abs. 2, Ziffer 6 und Abs. 3, Satz 3. Hier sollte in § 3, Abs. 3, Satz 3 der Passus „und Angebote zur Fort- und Weiterbildung“ gestrichen werden.
3. Wenn die Punkte 1 und 2 umgesetzt werden, ist der Satz 4 in § 3, Abs. 3 nicht mehr angebracht und kann ebenfalls gestrichen werden.
4. Das Wort „sowie“ sollte am Ende von § 3 in Abs. 2, Ziffer 4 gestrichen und dafür hinter § 3 in Abs. 2, Ziffer 5 eingefügt werden.

Dieses Dokument sende ich Ihnen zusammen mit dem Formblatt zur Datenerhebung ausschließlich per Mail.

Mit freundlichen Grüßen

Bibliotheksdirektor

Technische Universität Ilmenau | Besucher: Ehrenbergstraße 29, 98693 Ilmenau | Telefon: +49 3677 69-0 | Telefax: +49 3677 69-1701 | [www.tu-ilmenau.de](http://www.tu-ilmenau.de)

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 – hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/4732 -											
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen - Anhalt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>August - Bebel - Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>06108 Halle</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen - Anhalt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	August - Bebel - Str. 13	Postleitzahl, Ort	06108 Halle
	Name	Organisationsform									
		Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen - Anhalt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	August - Bebel - Str. 13									
Postleitzahl, Ort	06108 Halle										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;"></td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Direktorin Universitäts- und Landesbibliothek	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Zustimmung. Erweiterung: Archivierung "born digital" Public Domain Präferenz	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Hella, 27.02.2023	

THÜR. LANDTAG POST  
27.02.2023 15:54

5646/2023



MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT  
HALLE-WITTENBERG



Universitäts- und Landesbibliothek  
Sachsen-Anhalt

Direktorin

zu VL 7/4732

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt, 06098 Halle (Saale)

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien  
Jürgen-Fuchs-Strasse 1  
99096 Erfurt  
Per Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Ihr Zeichen:

Ihr Schreiben vom:

Unser Zeichen:

Datum: 27.02.2023

Thüringer Gesetz zur Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich.  
Änderungsvorlage 7/4732

Sehr geehrter Herr Forelle,

zu der übersendeten Änderungsvorlage 7/4732 nehme ich wie folgt Stellung:

Die inhaltliche Ausgestaltung der Doppelrolle der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek als Universitäts- und als Landesbibliothek ist zu begrüßen. Die Zusammenführung aller Regelungen, die Aufgaben und Zuständigkeiten der Bibliothek betreffend, dient der Klarheit und stärkt die Arbeitsfähigkeit der Bibliothek.

Die Abgrenzung der landesbibliothekarischen Aufgaben von der Aufgabe der Versorgung der universitären Nutzer:innen und die Ausgestaltung vor allem der landesbibliothekarischen Aufgaben ermöglicht erst eine zielgenaue Aufgabenfinanzierung und -abrechnung, den Auf- und Ausbau von Serviceleistungen und gesetzeskonformes Handeln in Bezug auf die Nutzung von Infrastrukturleistungen durch Nutzer:innen und andere Einrichtungen.

Artikel 1.

1c.

Die vorgelegte Formulierung unterstreicht die Bedeutung öffentlicher Bibliotheken für die Bürgergesellschaft und stärkt die Aufforderung, diese Einrichtungen zu unterhalten und zu finanzieren.

1d.

Der Unterhalt einer Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken wird fachlich ausdifferenziert und die Aufgaben klar umrissen. Die klare Aufgabenbeschreibung unterstützt sowohl die öffentlichen Bibliotheken bezüglich der Nachfrage von Leistungen als auch die Universitäts- und Landesbibliothek in der Definition ihres Aufgabenportfolios.

Hausanschrift:  
August-Bebel-Str. 13/50  
06108 Halle (Saale)  
Postanschrift:  
06098 Halle (Saale)

2.

§ 3, (2) Ziffer 1-3 benennen das Pflichtexemplar und die Erstellung der Landesbibliographie als landesbibliothekarische Aufgaben. Erhalt, Sammlung und Erschließung des Pflichtexemplars und die Erstellung der Landesbibliographie sind klassische Aufgaben, welche von Landesbibliotheken wahrgenommen werden. Die Aufgaben orientieren sich am Auftrag der Deutschen Nationalbibliothek, begründen die kooperativ wahrgenommene Gedächtnisfunktion von Bibliotheken und sind üblicherweise gesetzlich geregelt. Zu begrüßen ist, dass die Ausdifferenzierung dieser Aufgaben in § 4 auch die Ablieferungspflicht für digitale Publikationen regelt.

Wünschenswert wäre eine Aussage bezüglich der Archivierung von für das Lande relevanten Webseiten. Eine Archivierung ausgewählter Netzinhalte wird in einigen Bundesländern vorgenommen.

Ziffer 4: Die Aufnahme der Last Resort Funktion in das Gesetz ist sehr zu begrüßen. Diese Aufgabe sollte sich sowohl auf physisch vorliegendes Bibliotheksgut beziehen als auch auf die Langzeitarchivierung digitalen Bibliotheksgutes.

Ausgeführt wird die Archivierung digitalisierter Bestände in Ziffer (3). Eine Präzisierung in Ziffer (4) könnte die Archivierungsnotwendigkeit von „born digital“ Dokumenten verbindlich regeln.

Ziffer 5: Der Betrieb eines Kompetenz- und Servicezentrums für die Bestandserhaltung ist wichtig. Nur so kann sichergestellt werden, dass auch kleine Einrichtungen sowohl bei der Mitteleinwerbung als auch bei der Antragstellung und der Schadensanalyse Unterstützung erhalten.

Ziffer 6: die Beratung und Unterstützung wissenschaftlicher Bibliotheken grenzt die Aufgaben der Landesbibliothek zum einen von denen der Landesfachstelle ab und klärt die Abgrenzung zu den als Universitätsbibliothek wahrzunehmenden Aufgaben. Die nicht universitären wissenschaftlichen Bibliotheken haben damit klar definierte Ansprechpartner im Rahmen der landesbibliothekarischen Funktion. Damit wird eine in vielen Ländern vorhandene Regelungslücke vermieden.

(3) Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Betrieb eines Landesdigitalisierungszentrums ist wegweisend und immens wichtig für den Erhalt und die Zugänglichkeit der durch sammlungsführende Einrichtungen digitalisierten Inhalte. Die verbindliche Festlegung von einzuhaltenden Qualitätsstandards der Erschließung, der Datenqualität und der Langzeitarchivierung ist unverzichtbar v.a. im Hinblick auf die manchmal nicht mögliche physische Erhaltbarkeit z.B. von sauren Materialien des 19. Jahrhunderts oder von anderen geschädigten Materialien, die nicht erhalten werden können.

Wünschenswert wäre ergänzend eine Aussage zur Bereitstellung der Dokumente als Public Domain, wo möglich. Die digitale Transformation sollte immer auch eine möglichst kostenfreie Zugänglichkeit der Angebote mitdenken.

Im Falle von Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hausanschrift:  
August-Bebel-Str. 13/50  
06108 Halle (Saale)  
Postanschrift:  
06098 Halle (Saale)

5653/2023

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich, Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Universitätsbibliothek Erfurt
	Universität Erfurt, Hochschule des Landes, § 2 Abs. 1 ThürHG / Universitätsbibliothek
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Nordhäuser Straße 63
	Postleitzahl, Ort
	99089 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Direktor der Universitätsbibliothek Erfurt	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Überwiegend Befürwortung zur Vorlage 7/4732, zusätzliche Anregungen zu einzelnen Normierungen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, 27.02.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 – hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/4732 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>2.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="padding: 5px;">Landesverband Thüringen im Deutschen Bibliotheksverband e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Langewiesener Str. 37</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">98693 Ilmenau</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landesverband Thüringen im Deutschen Bibliotheksverband e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Langewiesener Str. 37	Postleitzahl, Ort	98693 Ilmenau
	Name	Organisationsform									
		Landesverband Thüringen im Deutschen Bibliotheksverband e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Langewiesener Str. 37									
Postleitzahl, Ort	98693 Ilmenau										
Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>											
<b>3.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Vorsitzende Thür. Bibliotheksverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- Befürwortung der Änderungen bzgl. Landesbibliothek - Befürwortung der Ergänzungen bzgl. Öffentliche Bibliotheken und Landesfachstelle	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ilmenau, 27.2.2023	



landesverband thüringen  
im deutschen  
bibliotheksverband

zu VL 7/4732

Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

Die Vorsitzende

Universitätsbibliothek Ilmenau  
Langwiesener Straße 37  
98693 Ilmenau

THÜR. LANDTAG POST  
28.02.2023 12:20

5734/23

24.02.23

**Anhörung zum Gesetzentwurf zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich (Drucksache 7/5754 bzw. Vorlage 7/4732)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die erneute Möglichkeit der Stellungnahme.

Der Landesverband begrüßt die vorliegende Entwurfsfassung, insbesondere die aufgenommenen Absätze zur Stellung der Öffentlichen Bibliotheken, zur Rolle und Aufgabe der Landesfachstelle und die Ergänzung im Aufgabenbereich der Landesbibliothek.

Für Rückfragen stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 6 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 - hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/4732 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2, Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken ThHoBi</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Geschäftsstelle der Thüringer Landespräsidentenkonferenz</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">(TLPK), c/o Universität Jena Fürstengraben 1</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken ThHoBi		Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle der Thüringer Landespräsidentenkonferenz	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	(TLPK), c/o Universität Jena Fürstengraben 1	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
	Name	Organisationsform									
	Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken ThHoBi										
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle der Thüringer Landespräsidentenkonferenz									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	(TLPK), c/o Universität Jena Fürstengraben 1									
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kooperation im Bereich der Hochschulbibliotheken (vgl. § 44 ThürHG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken ThKoBv stimmt dem Änderungsantrag zu und befürwortet ihn.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 28.2.2023	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTB bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST  
01.03.2023 16:19  
6034 / 2023

## Landtag

---

**Von:** Bibliotheken TLPK <bibliotheken@tlpk.de>  
**Gesendet:** Mittwoch, 1. März 2023 16:06  
**An:** Landtag Poststelle  
**Betreff:** Stellungnahme ThHoBi zum Änderungsantrag 7/4732

Sehr geehrte Frau

der Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken ThHoBi positioniert sich zum Änderungsantrag 7/4732 der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie folgt:

„Der Kooperationsverbund Thüringer Hochschulbibliotheken ThHoBi stimmt dem Änderungsantrag zu und befürwortet ihn.“

Mit freundlichen Grüßen

---

Referentin des Kooperationsverbunds Thüringer Hochschulbibliotheken (ThHoBi)  
Geschäftsstelle Thüringer Landespräsidentenkonferenz (TLPK)

c/o Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Fürstengraben 1  
07743 Jena

Email: [bibliotheken@tlpk.de](mailto:bibliotheken@tlpk.de)  
Web: <https://thhobi.de>  
[www.tlpk.de](http://www.tlpk.de)

zu VL 7/4732

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
<b>Thüringer Gesetz zur Gestaltung der Aufgabenwahrnehmung im Hochschul- und Bibliotheksbereich</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/5754 – hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/4732 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
		Staatsbetrieb des Freistaates Sachsen  Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB)
	Geschäfts- oder Dienstadresse	01054 Dresden
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zellescher Weg 18
	Postleitzahl, Ort	01069 Dresden
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
2.	Name	Vorname
	/	/
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Generaldirektorin und Gesamtleitung des Staatsbetriebes SLUB Dresden</li> <li>- Geschäftsfeldentwicklung Forschung (inkl. strategische Drittmittelakquise)</li> <li>- Geschäftsfeldentwicklung Digitalisierung und IT (inkl. strategische Drittmittelakquise)</li> </ul>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Im Wesentlichen befürworte ich den Änderungsantrag und rege kleine Anpassungen an.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Dresden, 09.03.2023	

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **5. Weitere Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **6. Diskussionsforum**

**(Keine Dokumente vorhanden)**